




Heusenstamm aktiv gegen Rechts!

Eine Broschüre über
Rechtsextremismus und Rassismus
in Heusenstamm und Südhessen.



Am 19. Februar 2020
wurden in Hanau
neun Menschen
ermordet.

Der Grund:
Rassismus.



**„DENN WIR BLEIBEN.
WIR VERGESSEN NICHT,
WIR SCHAUEN NICHT WEG,
WIR SIND DA. EINFACH DA.
ZU JEDER ZEIT UND FÜR JEDEN.“**

INITIATIVE 19. FEBRUAR

Vorwort

der Partnerschaft für Demokratie Heusenstamm

Ferhat Unvar, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Said Nesar Hashemi und Fatih Saraçoğlu und Walther Lübcke wurden innerhalb des letzten Jahres aus rassistischen und rechtsextremen Motiven in Hessen ermordet. Auf Bilal M. wurde ein Anschlag aus rassistischen Motiven in Wächtersbach verübt.

Elf Menschen, die Freund*innen und Familie hatten. Menschen, die jede*r von uns täglich beim Einkaufen, beim Friseur oder in der Kneipe trifft. Die Zahl an rechtsmotivierten Straftaten ist in Hessen im Vergleich zu 2019 um 14 % gestiegen, jedoch gehen Expert*innen davon aus, dass die Dunkelziffer höher ist (vgl. Beratungsnetzwerk Hessen 2020). Die Morde sind jedoch nur ein erschreckender Höhepunkt innerhalb einer gesellschaftlichen Entwicklung, die sich seit Jahren abzeichnet. Rassismus und Menschenfeindlichkeit zeigen sich im Alltag vieler Menschen, angefangen von rassistischen Kommentaren auf der Straße über antisemitische Witze auf dem Schulhof und sexistische Anmachereien an der Bushaltestelle bis hin zu tätlichen Angriffen. All das passiert täglich, auch in Heusenstamm.

Diese Broschüre soll informieren, Bezüge zwischen einzelnen Diskriminierungsformen herstellen, über verschiedene rechtsextreme Akteur*innen und ihre regionale und überregionale Vernetzung aufklären und schlaglichtartig aufzeigen, wo in Heusenstamm und Südhessen Menschenfeinde aktiv sind. Sie soll aber auch Handlungsoptionen aufzeigen und ermutigen, selbst aktiv zu werden und sich einzumischen. Jede*r von uns kann eine menschenrechtsbasierte Haltung leben.

Miteinander solidarisch – die Partnerschaft für Demokratie in Heusenstamm steht Ihnen unterstützend zur Seite.

In Gedenken an die Opfer von rassistischer und rechtsextremer Gewalt und Menschenfeindlichkeit möchten wir als Partnerschaft für Demokratie gemeinsam mit Ihnen für ein solidarisches und vielfältiges Miteinander in Heusenstamm, aber auch darüber hinaus, eintreten.

Sarah Fey (Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie Heusenstamm), Daniela Singh und Sabrina Orf (Federführendes Amt der Partnerschaft für Demokratie Heusenstamm)

Die Partnerschaft für Demokratie Heusenstamm

Wer sind wir?

Miteinander solidarisch – Partnerschaft für Demokratie in Heusenstamm gibt es seit Mitte 2016. Wir sind Teil des Bundesprogrammes „Demokratie leben! Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Wir setzen uns in Heusenstamm und darüber hinaus für eine vielfältige, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaft ein und positionieren uns gegen Ausgrenzung, Rassismus und Rechtsextremismus. Wir möchten besonders die Perspektiven von Menschen stärken und sichtbar machen, die in der Mehrheitsgesellschaft oft nicht gehört und gesehen werden.

Was machen wir?

Wir fördern zivilgesellschaftliche Projekte von Vereinen, Initiativen, Einzelpersonen und Gruppen, die sich für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft in Heusenstamm einsetzen möchten und gegen Rassismus und Rechtsextremismus stellen. Auf kommunaler Ebene stärken wir demokratische Strukturen und fördern Beteiligungsformate für Jugendliche. Wir platzieren gesellschaftlich relevante Themen in der städtischen Öffentlichkeit, betreiben Aufklärungsarbeit über Diskriminierungsstrukturen, sind Ansprechpartner*innen für alle Anliegen rund um die Themen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Demokratieförderung und beraten bei Vorkommnissen und Übergriffen, dokumentieren diese und leiten sie an entsprechende Stellen weiter. Außerdem sind wir in verschiedenen lokalen und regionalen Netzwerken aktiv, die zu diesen Themen arbeiten.

Wie erreichen Sie uns?

Die Leiterin der Koordinierungs- und Fachstelle Sarah Fey erreichen Sie:

Telefonisch: 0162 7922633 oder per E-Mail: sarah.fey@awo-of-land.de (Mo bis Do: 9-16 Uhr)

Das federführende Amt der Stadt Heusenstamm, vertreten durch Daniela Singh, erreichen Sie:

Telefonisch: 06104 6071145 oder per E-Mail: daniela.singh@heusenstamm.de (Mo-Fr: 7:30 Uhr-15 Uhr)

Homepage: www.vielfalt-im-kreis-offenbach.de und <https://www.heusenstamm.de/de/leben-und-wohnen/soziales-und-gesundheit/demokratie-leben>

Editorial

Der rassistische Terroranschlag am 19. Februar 2020 erschütterte Hanau, die Republik und die Welt. Neun Menschen wurden aus ihrem Leben, ihren Familien und Freund*innenkreisen gerissen. Der Täter von Hanau war angetrieben von einer rassistischen und hasserfüllten Ideologie. Die Zivilgesellschaft in Hanau reagierte auf den Terroranschlag mit Demonstrationen und der Gründung von Initiativen.

Das Weltbild des Täters ist in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Davon zeugen unzählige Taten, die keine Menschenleben fordern, aber dennoch zeigen, dass Gruppierungen und Strukturen in der Region Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Ausgrenzung propagieren. Einen Überblick über solche Taten und Vorfälle finden Sie in der Chronik zu Beginn der Broschüre. Außerdem bieten wir im ersten Kapitel einen Einblick in die Einstellungsforschung, die die Verbreitung von menschenfeindlichen Einstellungen in der Bevölkerung untersucht.

Mit dem zweiten Kapitel möchten wir schlaglichtartig einige Themen vertiefen, die nach unseren Erkenntnissen besondere Problemlagen in Südhessen abbilden: Die Abwertung geflüchteter Menschen, die Ablehnung moderner geschlechtlicher Rollenbilder und damit einhergehend die Ablehnung sexueller Vielfalt und freier Persönlichkeitsentwicklung, die Verbreitung von Verschwörungsideologien und Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und Rassismus. Mit diesem Kapitel wollen wir zeigen, dass solche Einstellungsmuster nicht erst dort beginnen, wo extrem rechte Parteien und Gruppen ihr Unwesen treiben, sondern vielmehr Teil des Alltags in Südhessen sind. Ein Alltag, mit dem wir uns nicht abfinden wollen und dürfen, weil er Menschen diskriminiert und in ihrer Lebensführung einschränkt. Alltäglich sind diese Phänomene deshalb, weil wir ihnen ständig begegnen: Am Tresen in der Kneipe, in der Messenger-Familiengruppe oder bei der Betriebsfeier.

Im dritten Kapitel der Broschüre nehmen wir Parteien, Gruppierungen und Strukturen der extremen Rechten in Südhessen in den Blick. Welche Akteur*innen verbreiten in der Region gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie sind sie organisiert und welche Gefahren gehen von ihnen aus? Solche und weitere Fragen möchten wir mit diesem Kapitel beantworten.

Im abschließenden vierten Kapitel beschäftigen wir uns mit Strategien gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Mit diesem Kapitel möchten wir Sie als engagierte Bürger*innen einladen, mitzumachen und aktiv zu werden gegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Antisemitismus und Antiziganismus. Dort finden Sie auch Anlaufstellen und Ansprechpartner*innen in der Region, die Sie in ihrem Engagement unterstützen können.

Wir wünschen Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre

Pit Reinesch, Fabian Jellonnek / achtsegel.org

Vorwort

von Bürgermeister Halil Öztas

Liebe Mitbürgerinnen, Liebe Mitbürger,

75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, der Millionen von Opfern hinterließ, scheint es, als hätten manche nichts aus der Geschichte gelernt. Der Zweite Weltkrieg beendete damals die größte Schande in der Geschichte Deutschlands. Ein von Rassismus durchtränktes System der Nazis fand 1945 endlich sein Ende. Während der Zeit der Nazidiktatur wurden viele Menschen, darunter Jüdinnen und Juden, Menschen mit Behinderungen oder einfach nur politisch Andersdenkende aufgrund ihres Aussehens, ihrer Meinung, ihrer Religion, ihrer Volkszugehörigkeit zunächst kategorisiert und schließlich eingesperrt, verjagt oder brutal ermordet. Man sollte meinen, dass diese historischen Fakten feststehen und sich unabänderlich in das Bewusstsein der Menschen eingebrannt haben. Man sollte meinen, dass es die Pflicht eines jeden ist, solche Zustände nie wieder geschehen zu lassen. Auch unsere Verfassung, das Grundgesetz, verankert im ersten Artikel den Grundsatz, dass „[die] Würde des Menschen [...] unantastbar“ ist. Haben wir alle aus der Geschichte gelernt? Offensichtlich nicht, denn auch heute müssen wir uns mit Menschenverachtung, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und anderen ausgrenzenden Formen von Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen. Vielfach werden diese spaltenden Tendenzen unter dem Mantel der Meinungsfreiheit verpackt. In den sozialen Medien werden anonym die krudesten Theorien verbreitet. Rassismus wird dadurch genährt. Und die Folgen? Angriffe auf Menschen, Politiker*innen, Religionen, Andersdenkende. Es bleibt nicht bei verbalen Ausfällen, sondern es geschehen wieder Morde oder Mordversuche. In Halle wird während eines Gottesdienstes eine Synagoge angegriffen, täglich werden Moscheen beschädigt, der Kasseler Regierungspräsident Dr. Lübcke wurde ermordet und nur zehn Kilometer von Heusenstamm entfernt, in Hanau, wurden im Februar 2020 willkürlich neun Menschen aus rassistischen Motiven heraus ermordet. Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir in erster Linie informieren und aufklären, aber auch zugleich die Aufmerksamkeit auf ein zentrales Problem unserer heutigen Zeit lenken. Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit – auf diesen Werten beruht ein gutes und solidarisches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Überzeugung. Wir wollen durch Aufklärung und Bildung diese Grundsätze fördern. Die Stadt Heusenstamm ist bereits 2016 dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ beigetreten. Aus dieser Partnerschaft für Demokratie ist diese Broschüre entstanden. Beim Lesen werden Sie sehen, dass wir hier nicht über abstrakte Themen reden, sondern die beschriebenen Tendenzen sehr real sind und die Taten vor allem ganz in unserer Nähe geschehen.

Ich danke allen, die an der Entstehung dieser Broschüre mitgewirkt haben.

Halil Öztas
Bürgermeister

Inhalt

Seite

Kapitel 1: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	8
Kapitel 2: Problemlagen in Südhessen	12
2.1. Rassismus	14
Exkurs: Rassistischer Terror in Hanau und die Folgen	18
2.2. Antisemitismus	20
2.3. Verschwörungsideologien	24
2.4. Geschichtsrevisionismus	28
2.5. Sexismus und LGBTQI+-Feindlichkeit	32
2.6. Exkurs: Intersektionalität	36
Kapitel 3: Extrem rechte Netzwerke	38
3.1. Rechtspopulistische Parteien	40
3.2. Extrem rechte Kleinparteien	42
3.3. Neue Vernetzungen: Beispiel Seligenstadt	44
3.4. Extrem rechte „Influencer“	46
3.5. Rechtsterrorismus in Hessen	47
3.6. Extrem rechte Styles und Codes	50
3.7. Chronik gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Heusenstamm und Südhessen	54
Kapitel 4: Aktiv werden!	60
4.1. Prävention	62
4.2. Reaktion	64
4.3. Kontakte: Anlauf- und Beratungsstellen	66
4.4. Bildungsangebote in den Themenfeldern Demokratieförderung und Rechtsextremismusprävention	68
5: Schlußwort der Initiative 19. Februar	70
6: Quellenverzeichnis	72



7,2 % Rassismus



18 % Fremdenfeindlichkeit



5,8 % Antisemitismus



7,5 % Sexismus



37,7 % Etabliertenvorrechte



18,7 % Islamfeindlichkeit



8,3 % Homophobie



10,8 % Abwertung von Obdachlosen



0,8 % Ableismus



52,3 % Abwertung von Langzeitarbeitslosen



54,1 % Abwertung von Asylbewerber*innen



25,8 % Antiziganismus

So verbreitet sind die Elemente der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Deutschland. Dargestellt sind die neuesten Zahlen aus dem Jahr 2019.

Ableismus bedeutet, dass Menschen mit Behinderung abgewertet werden. Kommt kaum vor, sagen Studien. Jenseits von Einstellungen ist die Realität trotzdem oft diskriminierend gegenüber Menschen mit Behinderungen.



1.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



info

Definition und Forschung

Mit dem Begriff „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ werden eine Reihe von Einstellungen (Elemente) bezeichnet, deren gemeinsamer Kern die Überzeugung ist, dass verschiedene Gruppen von Menschen ungleichwertig seien.

In einer Langzeitstudie von 2002 bis 2011 entwickelte das Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) unter der Leitung von Professor Wilhelm Heitmeyer das Konzept „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ und untersuchte dessen Verbreitung in Deutschland. Die Ergebnisse wurden in jährlichen Berichten unter dem Titel „Deutsche Zustände“ veröffentlicht (Heitmeyer 2011). Nachfolgeprojekte geben auch weiterhin aktuelle Zahlen und Untersuchungen zum Thema heraus. Die aktuellsten Zahlen erschienen 2019 unter dem Titel „Verlorene Mitte – Feindselige Zustände“ (Zick/Küpper/Berghahn 2019). Die Forscher*innen der Uni Bielefeld, die den Begriff entwickelt haben, beschreiben gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als ein Syndrom, da sie festgestellt haben, dass es bei Personen, die einem der Elemente zustimmen, auch wahrscheinlicher ist, dass sie den anderen Elementen zustimmen.

Die Vorstellung, dass sich alle nach denen richten sollen, die schon länger am Platz wohnen, ist weit verbreitet. Sie führt dazu, dass die Bedürfnisse anderer Gruppen untergehen und das soziale Miteinander erschwert wird.

Zu unserer Kultur gehört Schweinefleisch. Wer das nicht isst, kann ja zuhause selber kochen. Wir zwingen ja keinen auf unser Fest zu kommen.



info

Elemente gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Das Syndrom der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit besteht aus 12 Elementen:

Rassismus:

Abwertung von Gruppen von Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer kulturellen Eigenarten oder ihrer ethnischen, nationalen oder religiösen Zugehörigkeit. In der Studie wird der klassische biologistische Rassismus erfragt, das heißt die Konstruktion der Überlegenheit der Eigengruppe gegenüber Fremdgruppen aufgrund angenommener biologischer Unterschiede (Mehr zum Thema in Kapitel 2.1.).

Fremdenfeindlichkeit*:

Abwertung von Gruppen von Menschen aufgrund ihrer Herkunft. In der Studie wer-

den dabei sowohl kulturelle als auch wirtschaftliche Motive erfragt.

Antisemitismus:

Abwertung von Gruppen von Menschen aufgrund ihres jüdischen Glaubens. In der Studie werden auch häufige Stereotype und Verschwörungsideologien erfragt (Mehr zum Thema in Kapitel 2.2.).

Homophobie:

Abwertung von Gruppen von Menschen aufgrund ihrer Homosexualität. Dazu gehört auch die Ablehnung der rechtlichen Gleichstellung homosexueller Paare (Mehr zum Thema in Kapitel 2.4.).

Abwertung von Obdachlosen:

Abwertung von Gruppen von Menschen aufgrund ihrer so-

zialen Lage als Wohnungslose.

Ableismus:

Abwertung von Gruppen von Menschen aufgrund körperlicher und geistiger Behinderungen. Dazu gehört auch die Unterstellung, Menschen mit Behinderung würden zu viel Unterstützung bekommen. Ableismus zeigt sich mitunter beispielsweise in Diskussionen um Inklusion an Schulen.

Islamfeindlichkeit:

Abwertung von Gruppen von Menschen aufgrund ihres islamischen Glaubens. Zu dieser Einstellung gehört auch die Ablehnung muslimischer Symbole oder Praktiken (Mehr zum Thema in Kapitel 2.1.).

Was hat das mit uns zu tun?

In der Ablehnung rechtsextremer Parteien oder Gruppierungen sind sich in Deutschland relativ viele Menschen einig. Schaut man auf die gefährlichen Einstellungen hinter der Ideologie, dann merkt man schnell: Menschenfeindliche Einstellungen sind wesentlich weiter verbreitet, als es die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien vermuten lassen. In der Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bringt der Fingerzeig auf andere deshalb wenig. Hinterfragen sollte man zuerst eigene Einstellungen, Vorurteile und Weltbilder: Was unterstelle ich anderen Menschen, weil ich sie einer bestimmten Gruppe zuordne? Welche Schikanen gegenüber bestimmten Gruppen finde ich berechtigt, die ich gegenüber anderen Gruppen als Ungerecht empfinden würde?

Sexismus:

Betonung der Unterschiede zwischen Geschlechtern und der angeblichen Überlegenheit von Männern. In der Studie werden dabei auch Einstellungen wie die Leugnung von Chancenungleichheit und die Befürwortung klassischer Rollenbilder erfragt (Mehr zum Thema in Kapitel 2.4.).

Etabliertenvorrechte:

Auffassung von Alteingesessenen, dass sie Vorrechte gegenüber neu hinzugezogenen Menschen (gleich welcher Herkunft) genießen würden.

Abwertung von Langzeitarbeitslosen:

Abwertung von Menschen aufgrund ihrer sozialen Lage als Arbeitslose. Hier spielt der Aspekt des Sozialdar-

winismus eine Rolle, indem Langzeitarbeitslosen eine mangelnde gesellschaftliche Nützlichkeit unterstellt wird.

Abwertung von Asylbewerber*innen:

Abwertung von asylsuchenden Menschen. Dies beinhaltet die Absprache legitimer Gründe und Motive von Flucht (Mehr zum Thema in Kapitel 2.5.).

Antiziganismus:

Abwertung von Angehörigen der Sinti*ze und Rom*nija. Dazu gehören Stigmatisierung und gesellschaftliche Ausgrenzung aufgrund zugeschriebener Merkmale.



*Fremdenfeindlichkeit oder Ausländerfeindlichkeit wird in den Medien häufig synonym zu Ras-

sismus betrachtet. Das ist vielen Fällen ein Problem, da sich Täter*innen bei rassistischer Ausgrenzung und Übergriffen meistens nicht an der tatsächlichen Herkunft der Betroffenen orientieren, sondern an einer aufgrund äußerer Merkmale zugeschriebenen vermeintlichen Herkunft. Das Motiv der Täter*innen ist also in erster Linie Rassismus und nicht Fremdenfeindlichkeit. In den Studien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird Fremdenfeindlichkeit als eigenständiges Element betrachtet, in dem spezifisch die Feindlichkeit gegenüber Menschen, die nicht in Deutschland geboren wurden beziehungsweise keinen deutschen Pass haben, gemessen wird.

Kapitel

2 Problemlagen in Südhessen

Wir schauen in die Region: Welche Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sind in Heusenstamm und Südhessen besonders aufgefallen? Wie äußern sich die Probleme im Alltag und in welchen Taten und Vorfällen werden sie akut? Warum betrifft uns das Thema und was können wir tun?



Vor Ort:
Beispiele aus Heusenstamm
und Südhessen.



Was hat das mit uns zu tun?:
Individuelle Perspektiven
auf die Problemlagen.



Info:
Definitionen und
Hintergründe zum Thema.



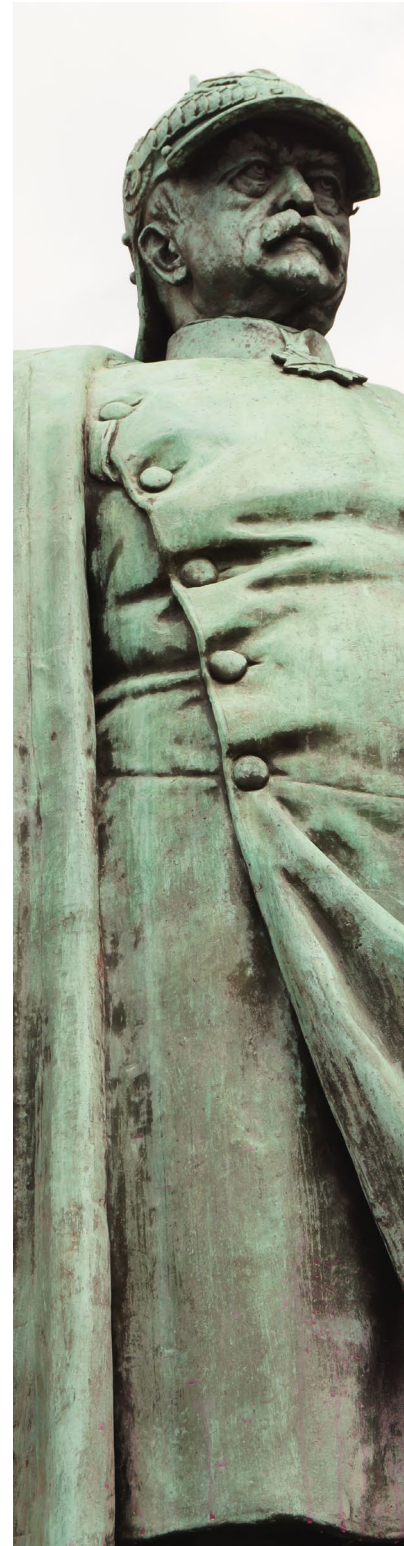
aktiv werden:
Vorschläge, wie Sie aktiv
werden können.

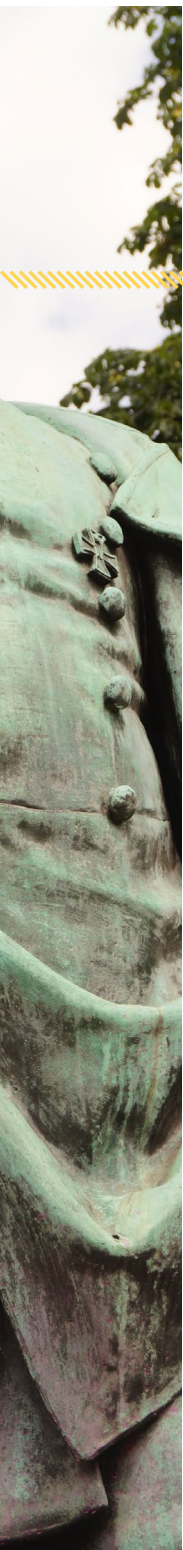
2.1.

Rassismus

Der rassistische Terroranschlag im Februar 2020 erschütterte Hanau, die Republik und die Welt. Neun Menschen wurden aus ihrem Leben, ihren Familien und Freund*innenkreisen gerissen. Der Täter von Hanau war angetrieben von einer rassistischen und hasserfüllten Ideologie. Wenige Monate zuvor kam es im südhessischen Wächtersbach bereits zu einem rassistisch motivierten Mordversuch.

Rassistische Ideologie, die heute verbreitet wird, stammt aus der Kolonialzeit, ist längst widerlegt und mündet dennoch in Terror und Gewalt. Auch dort, wo Rassismus nicht in unmittelbare Gewalt umschlägt, beeinträchtigt er das Leben von Betroffenen massiv in Form von Alltagsrassismus und strukturellem Rassismus.





Rassismus entstand im Kolonialzeitalter. Ein Kapitel europäischer Geschichte, das noch längst nicht aufgearbeitet ist und derzeit auch Debatten um Bismarck-Statuen wie dieser in Frankfurt am Main auslöst. In Europa verehrte „Staatenlenker“ waren durch ihre Kolonialpolitik an Sklaverei und Ausbeutung Schwarzer Menschen beteiligt. Initiativen Schwarzer Menschen fordern daher eine kritische Auseinandersetzung und ein Ende der eurozentristischen Betrachtung historischer Persönlichkeiten.

Die Entstehung von Rassismus wird häufig mit dem Kolonialzeitalter und dem Zeitalter der Aufklärung verbunden. Tatsächlich finden sich ähnliche Abwertungsmuster bereits viel früher in der Menschheitsgeschichte. Dennoch entwickelten sich im Kolonialzeitalter und während der Phase der Aufklärung rassistische Theorien und Denkschulen, die der Abwertung von Menschen aufgrund körperlicher Merkmale, wie beispielsweise der Hautfarbe, einen pseudo-wissenschaftlichen Anstrich verpassten. Obwohl diese Theorien frühzeitig als falsch und unwissenschaftlich entlarvt wurden, wirken sie bis heute fort. Rassistische Theorien werden in der Regel von privilegierten Bevölkerungsgruppen verbreitet. Sie dienen auch heute noch als Werkzeug, um die eigenen Privilegien und damit einhergehende Machtstrukturen als vermeintlich natürliche Ordnung zu rechtfertigen.

Während der Kolonialzeit wurden mit rassistischen Theorien der Sklavenhandel und die Ausbeutung von weiten Teilen der Welt durch weiße Europäer*innen gerechtfertigt. Auch die Eugenik, also der Versuch, Menschen aufgrund von körperlichen Eigenschaften in lebenswertes und unlebenswertes Leben einzuteilen, gründet auf rassistischen Theorien und Forschungsansätzen. Auch heute

sind solche Muster erkennbar: Immer noch werden körperliche Merkmale oder Abstammungen herangezogen, um das Verhalten von Menschen scheinbar zu erklären. 2020 zeigte sich dies einmal mehr, als nach nächtlichen Ausschreitungen in Stuttgart die Polizei ankündigte, die Abstammung und Herkunft der Täter*innen untersuchen zu wollen. Auch in zahlreichen aktuellen Filmen und Büchern werden Stereotype transportiert, die mit körperlichen Merkmalen oder der Herkunft einer Figur bestimmte Verhaltensweisen verknüpfen.

Im Alltag führen solche Denkweisen zu Benachteiligungen und Diskriminierungen, etwa bei Bewerbungsgesprächen oder der Wohnungssuche. Rechtspopulistische Politiker*innen nutzen rassistische Vorurteile gezielt, um Stimmung gegen die betroffenen Gruppen zu machen. Rechtsextreme Gruppierungen und rassistische Attentäter*innen begründen mit rassistischen Theorien Gewalt und Mord.

Rassismus ist in Deutschland weitverbreitet (siehe Kapitel 1). Für Menschen, die von Rassismus betroffen sind, hat dies weitreichende Folgen und Auswirkungen auf unterschiedlichsten Ebenen. Ein Überblick:

Kulturalisierter Rassismus

Im Laufe der Jahre veränderten sich rassistische Theorien und Denkansätze teilweise: Immer noch werden Menschen aufgrund körperlicher und biologischer Zuschreibungen abgewertet. Zusätzlich entstanden jedoch rassistische Ansätze, die vermeintliche „kulturelle“ Unterschiede zwischen Menschengruppen in den Mittelpunkt rücken. Oft werden diese Ansätze, beispielsweise in der Propaganda politischer Parteien, vorgeschoben, um rassistische Aussagen zu verstecken. Dazu verwenden die Vertreter*innen des kulturalisierten Rassismus einen überholten Kulturbegriff: Die moderne Forschung versteht Kultur nicht als feste Ordnung, sondern als ein Phänomen, das sich ständig wandelt und erneuert. Der kulturalisierte Rassismus behauptet genau das Gegenteil: Menschen werden demnach mit einer unveränderlichen Kultur geboren und von dieser derart stark geprägt, dass sie sämtliche Verhaltensweisen erklärt. Dadurch wird Kultur im kulturalisierten Rassismus von Generation zu Generation vererbt. Insbesondere die rechtsextreme Gruppierung „Identitäre Bewegung“, aber auch andere rechtspopulistische Gruppen und Parteien, nutzen den kulturalisierten Rassismus und behaupten damit, nicht rassistisch zu sein, weil sie vorgeben, keine körperlichen und biologischen Merkmale zur Unterscheidung und Einteilung von Menschengruppen heranzuziehen. Tatsächlich wirkt der verwendete unwissenschaftliche Kulturbegriff in solchen Fällen jedoch ganz ähnlich.

Alltagsrassismus

Unter Alltagsrassismus kann man Phänomene fassen, die Betroffenen in ihrem ganz alltäglichen Leben begegnen. Das können rassistische Beleidigungen und Sprüche sein. Vermeintliche Witze, die in Wahrheit jedoch rassistisches Gedankengut normalisieren. Alltagsrassismus drückt sich häufig in Sprache aus – in rassistischen Begriffen, abgedruckt in Kinderbüchern, an Fassaden in Form von Apotheken- oder Straßennamen oder in stereotypen Beschreibungen und Darstellungen von Schwarzen Menschen. Alltagsrassismus zeigt sich aber auch in Taten, wenn beispielsweise Menschen andere Leute, die sie nicht kennen, aufgrund von rassistischen Vorurteilen meiden und sich zum Beispiel im Bus einen anderen Platz suchen.

Struktureller Rassismus

Der Begriff struktureller Rassismus befasst sich vor allem mit den Auswirkungen und Folgen rassistischer Denkweisen auf Institutionen und Gesellschaft. Von strukturellem Rassismus spricht man dort, wo Rassismus systematisch, also wiederkehrend und andauernd, zu Diskriminierung und anderen negativen Folgen führt. Beispielsweise werden Menschen aufgrund von rassistischen Einstellungsmustern systematisch bei der Suche nach Wohnungen benachteiligt. Immer wieder kommt es dazu, dass Schüler*innen aufgrund von rassistischen Vorurteilen weniger zugehört wird und sie dadurch im Bildungssystem strukturell benachteiligt werden. Bei Polizeikontrollen im öffentlichen Raum, sogenannten verdachtsunabhängigen Kontrollen, werden oft vor allem Menschen nicht-weißer Hautfarbe kontrolliert. Eine Praxis, die auch unter dem Begriff „Racial Profiling“ bekannt ist. Menschen, die von Rassismus betroffen sind, können viel über strukturellen Rassismus berichten. Struktureller Rassismus ist in gesellschaftliche oder institutionelle Handlungsabläufe allerdings so integriert, dass er häufig von der Mehrheitsgesellschaft nicht erkannt wird. Deshalb ist es wichtig, diese Handlungsabläufe zu hinterfragen und zu reflektieren. Wichtig ist dabei, auf die Erfahrungen von Betroffenen zu hören.

Privilegien

Unter Privilegien versteht man Vorrechte, über die einzelne Personen oder Menschengruppen verfügen, andere jedoch nicht. Im aktuellen Sprachgebrauch werden mit Privilegien nicht nur rechtliche Vorteile beschrieben. Es geht vor allem um Vorteile die sich aus traditionellen Gesellschaftsbildern und daraus entspringenden Machtverhältnissen ergeben. Männer sind beispielsweise privilegiert, weil sie besonders oft in Führungspositionen gelangen, ohne dass dies gesetzlich vorgeschrieben wäre.



Beispiel: Mordversuch in Wächtersbach

Wächtersbach
2019

Am 22. Juli 2019 kommt es zu einem Mordanschlag auf den 26-jährigen Bilal M. Bilal M. wird zufällig zum Opfer, aber dennoch gezielt ausgewählt. Der Täter hatte zuvor in einer Kneipe angekündigt, einen Schwarzen Menschen zu erschießen. Bilal M., der aus Eritrea stammt, hält sich in der Nähe seines Arbeitsplatzes auf, als der Täter an ihm vorbeifährt und auf ihn schießt. M. kann nur durch eine Notoperation gerettet werden. Die Tat führt dazu, dass er und seine Familie nicht länger in Wächtersbach leben wollen.

Den Täter hatte indes – trotz seiner Ankündigung in einer Kneipe – niemand aufgehalten. Obwohl er klar formuliert, dass er einen rassistischen Mord begehen will, informiert niemand die Polizei. Auch dann nicht, als der Täter erneut in der Kneipe einkehrt und mit seinen Schüssen auf Bilal M. prahlt. Später sagen die Kneipengäste, man habe das für „Kneipengebammel“ gehalten (Wüstenberg 2019).

Nach der Tat begeht der Täter Suizid. Die Polizei findet in seiner Wohnung einen Abschiedsbrief, in dem er nicht nur seine Selbsttötung ankündigt, sondern auch formuliert, dass er einen „Ausländer“ mit in den Tod nehmen wolle (Iskandar/Schwan 2019).



Beispiel: NSU 2.0

Frankfurt
2018-2020

Bereits seit 2018 bedroht eine Serie rassistischer E-Mails gegen Rechtsextremismus engagierte Menschen. Vor allem Frauen mit Migrationserfahrung sind von den E-Mails betroffen. Die Schreiben enthalten Morddrohungen und sind in Anlehnung an das rassistische Terrornetzwerk NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) mit NSU 2.0 unterzeichnet. In den Schreiben sind mitunter auch persönliche Angaben der Betroffenen enthalten, die in der Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Ermittlungen ergaben, dass diese Daten von verschiedenen hessischen Polizeicomputern abgerufen wurden. Die Serie ist immer noch unaufgeklärt.

Der rassistische Terror in Hanau und die Folgen

Am 19. Februar 2020 erschüttert ein Terroranschlag in Hanau die Republik. In ersten Meldungen ist von einer nächtlichen Schießerei die Rede. Im Verlauf der Tatnacht werden der Täter und seine Mutter, Gabriele Rathjen, im gemeinsamen Wohnhaus tot aufgefunden. Aus einer Art Manifest, das der Täter zuvor verfasst hatte, geht hervor: Die Tat in Hanau ist politisch motiviert. Neun Menschen werden aus dem Leben gerissen, weil sie nicht in das rassistische Weltbild des Täters passen. In der entmenslichenden Logik dieses Weltbildes reduziert er sie auf ihr Aussehen..

Sie alle hatten ein eigenes Leben, eine individuelle Biografie und hinterlassen Eltern, Geschwister, Kinder, Freund*innen und Bekannte: Der 33-jährige Bulgare Kalojan Velkov war der Wirt der Bar „La Votre“ am Heumarkt, dem ersten Anschlagort. Er hinterlässt einen siebenjährigen Sohn. Der 30-jährige Sedat Gürbüz war der Besitzer der Shishabar „Midnight“ am Heumarkt. Er hinterlässt einen Bruder. Der 34-jährige Fatih Saraçoğlu war vor drei Jahren aus Regensburg nach Hanau gezogen, um sich selbständig zu machen. Auch er starb in der Shishabar „Midnight“. Der 23-jährige Kurier Vili Viorel Păun war als 16-jähriger aus Rumänien nach Deutschland gekommen, um Geld für eine medizinische Behandlung sei-

ner Mutter zu verdienen. Er war Angehöriger der Roma und das einzige Kind seiner Eltern. Vermutlich hatte er versucht, den Attentäter zu verfolgen, nachdem dieser den ersten Anschlagort verlassen hatte. Die 35-jährige alleinerziehende Mutter Mercedes Kierpacz arbeitete in der „Arena Bar“, dem zweiten Anschlagort. Sie war Romni und hinterlässt zwei Kinder. Der 37-jährige Gökhan Gültekinar war gelernter Maurer und arbeitete nebenberuflich als Kellner. Er stand kurz vor seiner Verlobung. Der 22-jährige Ferhat Unvar wurde als Kind kurdischer Eltern in Deutschland geboren. Er hatte gerade eine Ausbildung zum Gas- und Wasserinstallateur abgeschlossen und war dabei, eine eigene Firma zu gründen. Der 21-jährige Said Nessar hatte eine Ausbildung zum Maschinen- und Anlagenführer abgeschlossen und wollte eine Weiterbildung zum Techniker beginnen. Sein 23-jähriger Bruder überlebte schwer verletzt. Der 20-jährige Hamza Kurtović wartete am Tatabend vor der Arena Bar auf einen Freund und wurde dort erschossen. Er hatte ebenfalls gerade eine Berufsausbildung abgeschlossen.

Bei einer Trauerveranstaltung zwei Tage nach dem Anschlag verliert Newroz Duman im Auftrag der Opferfamilien die Namen der Getöteten und sagt: „Sie sind jetzt Teil der Geschichte dieser Stadt [und] wir werden alles



dafür tun, dass sie nie vergessen werden“ (Dobrinski et al. 2020).

Auch auf anderen Demonstrationen und Trauerveranstaltungen, die auf den Terroranschlag folgen, werden die Namen der Opfer verlesen. In sozialen Netzwerken und per Sticker in den Städten im Rhein-Main-Gebiet kursiert der Slogan „#saytheirnames“. Der Hintergrund: Die Opfer des Anschlags und ihre Geschichten sollen in Erinnerung bleiben, nicht der Täter und sein hasserfülltes Weltbild. Ein Weltbild, das Menschen schablonenartig in Gruppen einteilt und auf dieser Grundlage zwischen lebenswert und lebensunwert unterscheidet.

Gleichzeitig löst der Anschlag bei Menschen, die von Rassismus betroffen sind, Angst aus. Der Täter kannte seine Opfer nicht, suchte sie dennoch gezielt aus: Weil sie in seinen Augen nicht an diesen Ort gehörten. Der Täter von Hanau ist kein Einzelfall. Sein Weltbild ist keine einsame Verirrung, sondern rassistische Realität. Das zeigen nicht nur rassistische Anschläge in jüngerer Vergangenheit, ob in Halle oder im neuseeländischen Christchurch. Auch in Hanau gab es nach dem Anschlag weiterhin Drohungen durch Rassist*innen. Am Rande einer Gedenkveranstaltung am 20. Februar 2020 wurde in Frankfurt eine Person festgenommen, die

den Hitlergruß zeigte. Am 23. Februar wurden in der Marktstraße in Hanau Klingelschilder mit Hakenkreuzen beschmiert. Am 27. Februar ging in einer Hanauer Moschee ein Drohschreiben ein, in dem die Opfer verhöhnt und der Anschlag gerechtfertigt wurde. In der Nacht vom 10. auf den 11. April wurden die Fensterscheiben der „Arena Bar“ am zweiten Anschlagsort mit Pflastersteinen eingeworfen.

Das Vertrauen in die Behörden ist bei vielen Betroffenen gering. Nach der Mordserie des NSU wurden die Forderungen nach Aufklärung in vielen Fällen, unter anderem bei der Ermordung von Halit Yozgat durch den NSU, nicht erfüllt. Vielmehr wurde die Aufklärung in Detailfragen durch Behörden und Politik behindert. Bereits lange vor der Selbstenttarnung des NSU hatten Angehörige der Opfer 2006 in Kassel und Dortmund unter dem Motto „Kein 10. Opfer“ Demonstrationen abgehalten. Auf den Demonstrationen wurde betont, dass die Angehörigen die Täter in der rechten Szene vermuteten und sich von den Behörden nicht ernst genommen fühlten.

Auch in Bezug auf den Anschlag in Hanau stellen sich Fragen über den Umgang der Behörden mit von Rassismus betroffenen Menschen. Vor allem zu einem Vorfall, der sich 2018 ereignete: Vor dem Jugendzentrum in der Stra-

ße, in der der Attentäter gewohnt hatte, bedrohte eine Person Jugendliche und beleidigte sie rassistisch. Die Person trug militärische Tarnkleidung und war mit einem Gewehr bewaffnet. Einer der bedrohten Jugendlichen hatte Bundeswehrerfahrung und konnte bezeugen, dass das Gewehr definitiv echt war. Die hinzugerufene Polizei traf den Mann nicht mehr an. Stattdessen sollen die Polizist*innen die Jugendlichen gefragt haben, wer angerufen habe und somit den Einsatz bezahlen müsse. In der Nähe des Jugendzentrums wurde zu einem anderen Zeitpunkt die auf den Boden gesprühte Adresse der Webseite des Täters gefunden (Haschnik 2020a).

In Hanau selbst versuchen die Angehörigen der Opfer und von Rassismus betroffene Menschen, die Tat und ihre Folgen gemeinsam zu verarbeiten. Sie haben ein Ladenlokal angemietet und die Initiative 19. Februar gegründet. Die Initiative soll das Gedenken an die Opfer des Anschlags wachhalten und gegen die menschenverachtende Ideologie des Rassismus wirken. Der so geschaffene Gedenk- und Veranstaltungsort erinnert auch daran, dass es eine „Rückkehr zur Normalität“ für viele Menschen in Hanau und Deutschland nach dem Anschlag nicht mehr geben kann.



2.2.

Antisemitismus

Während des Nationalsozialismus wurden in Deutschland und Europa sechs Millionen jüdische Menschen ermordet. Die Grundlage dafür war das wahnhaftige Weltbild des Antisemitismus. Obwohl die Geschichte gezeigt hat, wohin Antisemitismus führt, ist dieser heute immer noch präsent – und führt dazu, dass jüdische Menschen diskriminiert, beleidigt und angegriffen werden.

Der Antisemitismus ist keine Erfindung der 1930er Jahre. Er grassiert schon seit Jahrhunderten in Deutschland und Europa. Bereits frühe Quellen über antisemitische Gewalttaten zeigen, dass die feindliche Einstellung gegenüber jüdischen Menschen häufig auf Gerüchten beruhte. Beispielsweise kam es in Europa immer wieder zu Gewalttaten und Morden an der jüdischen Bevölkerung, weil dieser unterstellt wurde, das Brunnenwasser vergiften zu wollen. Solche Geschichten wurden an unterschiedlichen Orten verbreitet und gestreut – eine faktische Grundlage hatten sie nicht. Im 19. Jahrhundert wandelte sich der auf religiösen Motiven basierende Antijudaismus zu einem auf Verschwörungsmotiven basierenden rassistischen Antisemitismus. Für den Antisemitismus-Forscher Samuel Salzborn sind Mythen ein Kennzeichen für Antisemitismus. Er schreibt: „In diesem Sinne sind für den Antisemitismus nicht historische Tatsachen, historische Konflikte und/oder gesellschaftliche Differenzen zwischen Juden und Nicht-Juden von Bedeutung, sondern die Vorstellung, die sich die Akteure ‚vom Juden‘ machen“ (Salzborn 2020). Das heißt,

dass Antisemitismus vor allem eine Fiktion ist, bei der Jüd*innen Verhaltensweisen angedichtet werden, die nicht viel mit dem tatsächlichen Leben jüdischer Menschen zu tun haben. Deutlich wurde dies einmal mehr, als der „Spiegel“ im Jahr 2019 ein Sonderheft zur Geschichte unter dem Titel „Jüdisches Leben in Deutschland – Die unbekannte Welt nebenan“ herausbrachte. Die Schlagzeile und das Titelbild sorgten für Kritik an der Redaktion. Diese kam unter anderem von Meron Mendel, dem Direktor der Bildungsstätte Anne Frank: „Wir sind keine ‚unbekannte Welt nebenan‘, sondern Teil der Gesellschaft. Unter 1000 Jahren jüdischer Geschichte hätten Sie Mendelsohn, Bertha Pappenheim, Buber oder Rosa Luxemburg abbilden können. Aber Sie haben sich für das Bild von Ostjuden aus dem Armenviertel in Berlin entschieden, bekannt aus der NS-Propaganda. Reiner Zufall?“ (Jüdische All-gemeine 2019).

Antisemitische Erzählungen kreisen besonders häufig um eine vermeintliche Macht, die jüdischen Menschen unterstellt wird. Dabei kann es sich um angebliche politische oder





Nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke demonstriert die rechtsextreme Kleinstpartei „Die Rechte“ in der Stadt. Dabei wurde auch dieses Banner getragen, das durch beabsichtigte Rechtschreibfehler auf den Holocaust anspielt.

info

wirtschaftliche Macht handeln. Daher überrascht es nicht, dass beispielsweise Verschwörungsmymen häufig auch antisemitische Passagen enthalten.

Samuel Salzborn erkennt im Antisemitismus eine Reihe an Unterstellungen gegenüber jüdischen Menschen, die einander mitunter widersprechen: „Den Juden wird die Abstraktheit und damit die Moderne zum Vorwurf gemacht, was Sozialismus wie Liberalismus, Kapitalismus wie Aufklärung, Urbanität, Mobilität oder auch Intellektualität gleichermaßen umfasst“ (Salzborn 2020).

Das Weltbild des Antisemitismus schlägt auch heute immer noch in Gewalt um. Beim Terroranschlag in Halle 2019 versuchte der bewaffnete Täter eine vollbesetzte Synagoge zu stürmen. Immer wieder kommt es zu Angriffen auf jüdische Menschen, oder jüdische Geschäfte und Restaurants werden attackiert.

Anti-israelischer Antisemitismus

Bestimmte Formen der Kritik an Israel und dessen Politik werden als israelbezogener Antisemitismus bezeichnet. In Bezug auf Kritik an israelischer Politik wird Antisemitismus durch die 3D-Kriterien von legitimer Kritik unterschieden. 3D steht für Dämonisierung, Delegitimierung und Doppelstandards. Die Dämonisierung Israels geschieht dabei häufig durch Vergleiche mit dem Nationalsozialismus. Mit einer Delegitimierung ist die Ab-sprache des Existenzrechtes Israels gemeint. Von Doppelstandards wird gesprochen, wenn Israel selektiv kritisiert wird für ein Verhalten, das bei anderen Staaten ignoriert oder gut-geheißen wird.

Sekundärer Antisemitismus

Als sekundären Antisemitismus bezeichnet man Einstellungsmuster, bei denen jüdische Menschen indirekt für die Folgen des Holocausts verantwortlich gemacht werden. Dies drückt sich beispielsweise im Versuch aus, die Zahlen deutscher Kriegsoffer gegenüber den ermordeten jüdischen Menschen auf-zurechnen. Rechtsextreme Gruppierungen instrumentalisieren dabei beispielsweise die Bombardierung Dresdens. Auch Vorwürfe gegenüber Jüd*inen, sie würden den Holocaust ausnutzen, um sich politische oder persönliche Vorteile zu verschaffen, fallen in die Kategorie Sekundärer Antisemitismus.



Beispiele: Antisemitismus in Heusenstamm und Südhessen

Langen 2019

Am Bahnhof Langen beleidigte und attackierte am 23. Januar 2019 ein 26-Jähriger Mann einen etwa 80 Jahre alten Mann. Dabei hat er laut einem Zeugen antisemitische Äußerungen getätigt. Der Zeuge forderte den Täter auf, das Opfer in Ruhe zu lassen. Dieser ließ sich davon nicht beeindrucken und setzte seine verbalen Attacken fort und stieß den 80-Jährigen zu Boden. Der Zeuge versuchte daraufhin, das Opfer zu schützen, und wurde nun selbst von zwei Personen attackiert und schwer verletzt. Gegenüber der „Offenbach-Post“ kritisierte der Zeuge, dass zahlreiche umstehende Personen weder ihm noch dem zuerst angegriffenen 80-Jährigen zu Hilfe kamen (Offenbach-Post 2019).

Offenbach 2019

Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete am 26. November 2019 über antisemitische Vorfälle in einem Offenbacher Gymnasium. Nach Angaben der Mutter eines Schülers des Gymnasiums seien dort Bemerkungen wie „Hier ist es so stickig und warm wie in Auschwitz“ gefallen. Auch „Du Jude“ sei häufig als Schimpfwort benutzt worden. Der Schüler sei auf eine andere Schule gewechselt, da das Gymnasium nicht angemessen auf die Vorfälle reagiert habe (Schönberger 2020).

Wiesbaden 2020

Laut Bericht des „Merkurist“ tauchten im Wiesbadener Stadtteil Biebrich mehrere antisemitische Schmierereien auf. Der erste Vorfall ereignete sich am 25. Januar 2020 in der Bernhard-May-Straße. Dort wurden auf dem Windschutz der dortigen Brücke „politisch motivierte Sprüche und Zeichen“ gemeldet. Die Schrift war auf einer Fläche von zwei Quadratmetern angebracht worden. Am 29. Januar 2020 wurden ähnliche Botschaften an der Bushaltestelle „Bunsenstraße“ in der Breslauer Straße entdeckt. Die dortige Sitzbank sowie eine Glasscheibe des Unterstandes wurden mutmaßlich mit einem Filzstift angemalt. Am 3. Februar 2020 fanden sich erneut antisemitische Botschaften in Biebrich. Dieses Mal traf es einen Glascontainer in der Pfälzer Straße, auf dem der Satz „Nur Juden“ und ein Pfeil, der zur Öffnung des Containers zeigte, zu sehen war. Außerdem wurde ein Kaugummiautomat in der Rudolf-Dyckerhof-Straße zum Ziel Unbekannter, auf dem neben der Aufschrift „Judenfreie Zone“ auch Hakenkreuze zu sehen waren (Lünser 2020).

wir

Was hat das mit uns zu tun?

Antisemitische Erzählungen sind in Deutschland über Jahrhunderte akzeptiert worden und werden mitunter auch heute noch entschuldigt. Das führt dazu, dass in unserem alltäglichen Sprachgebrauch immer noch viele Begriffe und Erzählmuster kursieren, die ihren Ursprung in antisemitischen Schriften haben. Das zeigt: Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus beginnt bei uns selbst: Welche Sprache verwenden wir und warum? Welche Vorstellungen haben wir von jüdischem Leben und was haben die mit der Realität von jüdischen Menschen in Deutschland zu tun?

aktiv werden!

gegen Antisemitismus

Workshops besuchen

Die Bildungsstätte Anne Frank bietet in ihrem Projekt „Antisemi-was?“ Workshops und Fortbildungen zum Thema Antisemitismus für Jugendliche und Lehrkräfte an.

<https://www.bs-anne-frank.de/antisemiwas/>

Das „Jüdische Museum Frankfurt“ bietet unter dem Namen „AntiAnti – Museum goes School“ ein Programm zur Prävention von Antisemitismus an Berufsschulen an.

<https://www.juedischesmuseum.de/vernetzen/beitrag/detail/anti-anti-frankfurt-gegen-antisemitismus/>

Vorfälle melden und informieren

Die „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ sammelt bundesweit Meldungen über antisemitische Vorfälle und publiziert Monitoringberichte dazu.

www.report-antisemitism.de

Bertha-Pappenheim-Haus Neu-Isenburg

Eine Ausstellung erinnert an das Leben und Werk der jüdischen Frauenrechtlerin Bertha Pappenheim. Regelmäßig finden im Haus Vorträge zu Aspekten jüdischen Lebens und jüdischer Kultur sowie Themenreihen über Nationalsozialismus, Erziehung, den christlich-jüdischen Dialog und Frauenrechte statt.

<https://neu-isenburg.de/kultur-und-freizeit/museen/seminar-und-gedenkstaette-bertha-pappenheim/>

Stolpersteine in Heusenstamm

Kontakt zur Gruppe über:
stolpersteineinheusenstamm@web.de

Beratung bei antisemitischen Vorfällen

Die Beratungs- und Interventionsstelle OFEK bietet Beratung bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung.

<https://ofek-beratung.de>

2.3.

Verschwörungsideologien

Sie verwischen die Grenzen zwischen Realität und Fiktion, arbeiten mit Übertreibungen und Erfindungen: Verschwörungsideologien und -erzählungen sind weit verbreitet und schaffen viele Übergänge zu extrem rechter Ideologie. Denn häufig schwingt in den Mythen Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit mit.

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen bieten einen idealen Nährboden für die Verbreitung von Verschwörungsideologien. Die Folgen der Pandemie sind für alle Menschen spürbar, von finanziellen Einbußen bis hin zu Einschränkungen der persönlichen Freiheit. Diese Situation verursacht bei vielen Menschen ein Gefühl der Hilflosigkeit und des Kontrollverlustes. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen ist hinlänglich bekannt, dass persönliche Krisen, Ängste und Kontrollverlust häufig eine Rolle bei der Hinwendung zu Verschwörungsideologien spielen (Whitson/Galinsky 2008). In solch einer Gemengelage haben Verschwörungsideologien ein leichtes Spiel: Sie bieten scheinbar einfache Erklärungen für eine komplexe Situation. Statt als Ursache ein unsichtbares Virus zu benennen, wird die Verantwortung für die Folgen auf bestimmte und identifizierbare Menschengruppen abgelagert. So nachvollziehbar der Wunsch nach Orientierung und klarer Verantwortlichkeit ist – Verschwörungserzählungen sind eine große Gefahr.

Das zeigte sich exemplarisch bei einer Demonstration gegen die Maß-

nahmen zur Eindämmung der Pandemie Anfang Mai 2020 in Seligenstadt: Eine Frau hielt dort eine Rede und beklagte sich über ein erhaltenes Platzverbot während der geltenden Kontaktbeschränkungen. Sie kam zu der Schlussfolgerung, dass Deutschland inzwischen „auf dem Weg in die Sklaverei“ sei. Solche Übertreibungen sind typisch für Verschwörungsideologien und kommen nicht von ungefähr: Vielen, die Verschwörungsideologien verbreiten, geht es darum, Misstrauen in das demokratische System zu verbreiten. Die Muster der Erzählungen ähneln sich dabei häufig: Eine akute gesellschaftliche Krise wird ausgenutzt und umgedeutet. Auf der einen Seite der Erzählungen stehen dabei oft „die unbescholtenen Bürger*innen“, die arglos getäuscht und unwissend gehalten werden. Auf der anderen Seite eine vermeintliche Elite, die die kritisierten Zustände herbeigeführt habe oder gar heimlich die Weltgeschichte lenkt, um sich daran zu bereichern.

Der Glaube an eine solche Verschwörungsideologie verändert den Blick auf die Realität. Für ihre Anhänger*innen werden Fakten, die dieser Ideo-



Dieses Plakat wurde auf einer Demo gegen die Maßnahmen im Zuge der Corona-Pandemie in Seligenstadt gesichtet. Bill Gates ist durch das Engagement seiner Stiftung insbesondere für Impfgegner*innen ein Feindbild und wird in zahlreichen Verschwörungsideologien zum Sündenbock der Corona-Pandemie gemacht.

info

Verschwörungsideologien

Der gebräuchliche Begriff „Verschwörungstheorien“ ist zunehmend in die Kritik geraten, da er einen Anschein von Wissenschaftlichkeit hat. Deshalb wird von Expert*innen heute der Begriff „Verschwörungsideologien“ bevorzugt. Als „Verschwörungstheorie“ wird demnach die Annahme über eine Verschwörung verstanden. Diese könnte durch den Beweis des Gegenteils widerlegt werden. Halten Menschen aber trotz dieser Gegenbeweise an dem Glauben an eine Verschwörung fest, spricht man eher von einer „Verschwörungsideologie“.

logie widersprechen, irrelevant: Demokratische Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit werden zu Kulissen, die nur scheinbar existieren. Hinter allem steckt fortan nicht das, was Journalist*innen und Wissenschaftler*innen herausfinden, sondern stets eine vermeintliche Elite, die die Welt lenkt und über ihre Absichten täuscht. Das perfide dabei: Vieles, was den Verschwörungsideologien widerspricht, wird von den Gläubigen als Beleg für Täuschung bewertet. Wenn sich nach einem Terroranschlag beispielsweise herausstellt, dass die Täter*innen aus rassistischen Motiven handelten, dann ist dies für viele Anhänger*innen von Verschwörungsideologien nur ein weiterer Beleg für den Versuch der „Eliten“, die Bevölkerung zu täuschen.

Im Zuge der Corona-Demonstrationen wurden vor allem Anhänger*innen der aus den USA stammenden Q-Anon-Verschwörungsideologie sichtbar. Die Anhänger*innen von Q-Anon gaben sich beispielsweise zu erkennen, indem sie sichtbar den Buchstaben Q auf ihrer Kleidung trugen. Nach der Q-Anon-Verschwörungsideologie gibt es in den USA einen „tiefen Staat“ einer Elite aus der Demokratischen Partei, Banken und Medien. Dieser „tiefe Staat“ würde heimlich herrschen. US-Präsident Trump würde diesen „tiefen Staat“ im Verborgenen bekämpfen. Ein anonymer angeblicher Whistleblower namens „Q“ verstreut im Internet immer wieder Anhaltspunkte für seine Anhängerschaft.

Zwischen Verschwörungsideologien und Antisemitismus gibt es eine enge Verbindung. In vielen Fällen werden in Verschwörungsideologien Chiffren genutzt, die auf jüdische Menschen hinweisen. Diese werden dadurch mit den vermeintlichen Eliten, die als Feindbild ausgemacht wurden, verknüpft. Beispielsweise wird von „der Familie Rothschild“ geraunt, einer ehemaligen jüdischen Bankiersfamilie, die schon zu Zeiten des Nationalsozialismus als Sündenbock in antisemitischen Erzählungen erhalten musste. Aktuell steht auch immer wieder der jüdische Milliardär und Stifter George Soros im Zentrum von Verschwörungsideologien.

Kein Wunder also, dass extrem rechte Gruppierungen den Anschluss an Verschwörungsideologien und ihre Anhänger*innen suchen. Auch dies ist in Zeiten der Corona-Pandemie zu beobachten: Auf zahlreichen Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in Südhessen waren rechte Akteur*innen zugegen, ergriffen das Wort oder führten die Demonstrationen gleich an.





Beispiele: Verschwörungsideologien in Heusenstamm und Südhessen

Südhessen 2020

Im Frühjahr 2020 kommt es zu zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. In Südhessen wird unter anderem in Frankfurt, Darmstadt, Seligenstadt, Langen, und Wiesbaden demonstriert. Auf vielen der Kundgebungen werden Verschwörungsideologien verbreitet. Laut dem Magazin „Defacto“ des Hessischen Rundfunks ergriffen auf vielen der Demonstrationen bekannte extrem rechte Akteur*innen das Wort. Hessens Antisemitismusbeauftragter Uwe Becker warnte deshalb in diesem Zusammenhang, das Corona-Virus habe „zu einer gefährlichen Ausbreitung antisemitischer Hassbotschaften und Verschwörungstheorien, gerade in den sozialen Netzwerken“ geführt (Reinesch/Jellonek 2020a: 4).

Offenbach 2020

Am 21. Januar 2020 wurden verschwörungsideologische Flyer in Briefkästen in Offenbach entdeckt. In dem Flyertext werden verschiedene antisemitische Verschwörungsideologien verbreitet. Unterzeichnet wurde der Text mit „Es grüßt die freie Energie“ (Reinesch/Jellonek 2020b: 15).

Rodgau 2018

Bei der esoterischen Messe „Spektrum der Spiritualität“ trat 2018 der Autor Jan Udo Holey auf. Unter seinem Pseudonym Jan Van Helsing veröffentlichte er in den neunziger Jahren die zwei Bücher „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert“ und „Geheimgesellschaften 2“. In den Büchern, die in der ZEIT als Mischung aus Hitlers „Mein Kampf“, Science Fiction und Schwarzer Magie beschrieben wurden (Schröm 1998), wird der Holocaust geleugnet und eine „jüdische Weltverschwörung“ beschrieben. Von „Geheimgesellschaften“ wurden in den neunziger Jahren 100.000 Exemplare verkauft, bevor die Staatsanwaltschaft Mannheim die Beschlagnahmung der Lagerbestände und die Indizierung der beiden Bücher wegen Volksverhetzung veranlassete. Van Helsing brachte seitdem eine ganze Reihe weiterer verschwörungsideologischer Bücher heraus.

wir

Was hat das mit uns zu tun?

In der ersten Jahreshälfte 2020 ist mutmaßlich jede*r von uns auf Verschwörungsideologien gestoßen: Sichtbar waren sie bei Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen oder auch in unzähligen Whats-App-Gruppen – von themenbezogenen Gruppen bis hin zu Familien-Gruppen. Deshalb sollte man stets prüfen, was man in sozialen Netzwerken teilt. Vermeintliche Nachrichten können sich als Teile von Verschwörungsideologien entpuppen. Die große Gefahr bei den Erzählungen ist, dass sich die Wahrnehmung von Menschen dauerhaft verändert. Sie rutschen ab in eine scheinbare Realität aus Verschwörungen, aus der nur noch schwer selbst herauszufinden ist.

aktiv
werden!

gegen Verschwörungsideologien

Fakten checken

Wer Nachrichten verbreitet, sollte sicher gehen, dass diese auch der Wahrheit entsprechen. Mehrere Projekte informieren über aktuell im Netz kursierende Falschmeldungen:

Faktenfinder auf tagesschau.de:
www.tagesschau.de/faktenfinder
mimikama.at
<https://correctiv.org/faktencheck/>

Podcast hören

Seit 2010 klärt der Podcast „HOAXILLA“ über Verschwörungsideologien und Esoterik auf. Mittlerweile gibt es über 250 Folgen zu verschiedenen Themen:

<https://www.hoaxilla.com/>

Weiterführende Broschüre

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Rheinland-Pfalz hat 2020 eine umfangreiche Broschüre zum Thema Verschwörungsideologien veröffentlicht. Die Broschüre ist unter anderem beim Landesdemokratiezen-

trum Rheinland-Pfalz zu beziehen und steht dort zum kostenlosen Download bereit:

demokratiezentrum.rlp.de

Beratung nehmen

In ihrem persönlichen Umfeld gibt es Menschen, die Verschwörungsideologien anhängen? Die Berliner Beratungsstelle „Der goldene Aluhut“ bietet Unterstützung an:

dergoldenealuhut.de

2.4.

Geschichtsrevisionismus

In Deutschland wurden während des Nationalsozialismus systematisch Menschengruppen vernichtet, politische Gegner*innen verfolgt und ermordet. Die Verbrechen der NSDAP-Führung und ihrer Sympathisant*innen in Verwaltung und Bevölkerung sind historisch beispiellos. Nachfolgende Generationen setzen sich deshalb mit der Geschichte auseinander und versuchen Lehren aus ihr zu ziehen. Heute wird jedoch immer öfter ein Ende mit der Auseinandersetzung der Verbrechen Deutschlands gefordert, oder die Geschichte sogar geleugnet.

Den Begriff „Schuldskult“ gibt es schon seit vielen Jahren in Deutschland. Er wurde jedoch lange nur hinter vorgehaltener Hand geäußert und von Parteien und Politiker*innen ausgesprochen, die kaum Aufmerksamkeit bekamen und über wenig politische Macht verfügten. In letzter Zeit hat sich das geändert: In Online-Kommentaren unter Medienberichten findet man ihn immer öfter – gerne an offiziellen Gedenktagen, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnern. Auch von bundesweit bekannten Politiker*innen mit Bundestagsmandat hört man heute diesen Begriff oder ähnliche Parolen. Beispielsweise, wenn der AfD-Funktionär Alexander Gauland die Zeit des Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ bezeichnet.

Hinter solchen Aussagen steckt die Behauptung, dass es in Deutschland zu viel Auseinander-

setzungen mit der Geschichte des Nationalsozialismus gäbe – beispielsweise in Schulen, Museen oder Kunst und Kultur. Beabsichtigt wird, dass an die deutschen Verbrechen nicht mehr erinnert wird. Die Konsequenz davon wäre nicht nur, dass die Verbrechen, ihre Opfer und die Täter*innen in Vergessenheit gerieten, sondern auch, dass sich weniger Menschen mit den Ursachen von Rassismus, Menschenfeindlichkeit und Gewaltherrschaft auseinandersetzen würden.

Einige Gruppierungen gehen noch weiter. Sie leugnen die Verbrechen des Nationalsozialismus komplett oder in Teilen. Das nennt man Geschichtsrevisionismus.

Insbesondere rechtsextreme Gruppierungen sind darum bemüht, so das negative öffentliche Bild von ihrer Ideologie abzustreifen. Klassische Themen der Revisionist*innen sind

info

Geschichtsrevisionismus

Mit solchen Bildern versuchen Geschichtsrevisionist*innen im Netz die deutsche Geschichte umzudeuten. Dieses Bild wurde auch in Heusenstamm verbreitet, vom AfD-Politiker Carsten Härle.



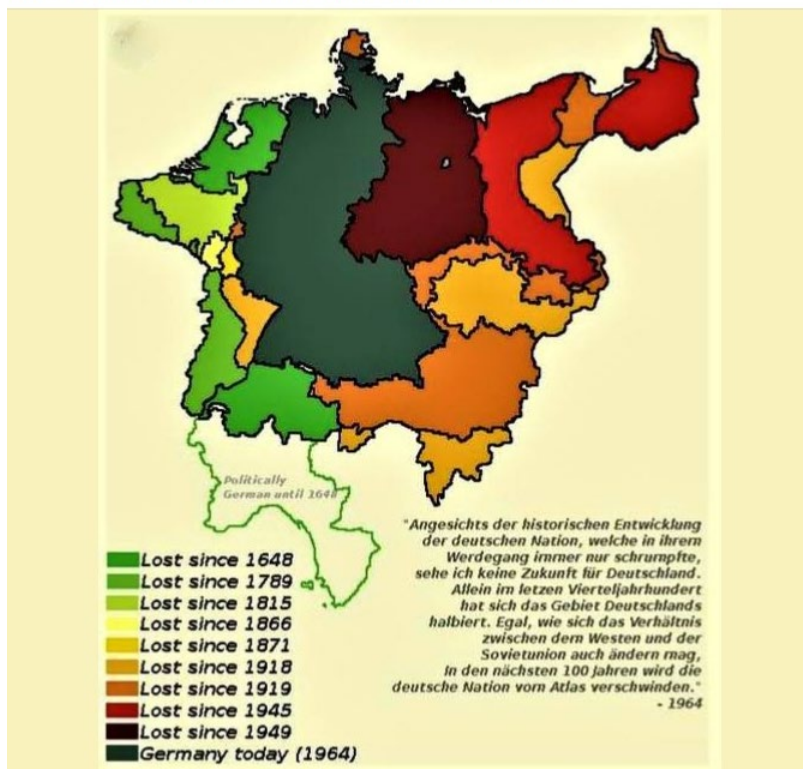
Carsten Härle

10. Januar · Öffentlich

Deutschland ist das einzige schrumpfende Land der Menschheitsgeschichte, das aber angeblich immer noch der Weltherrschaft griff.

Die nächsten Gebietsverluste an Afrika, die 3. Welt und die Türkei drohen sich ja mit gewaltigen Schritten schon an.

Gut, dass wir den staatlich organisierten "Kampf gegen Rechts" haben, sonst würden die Deutschen sicher bald wieder einmal nach der Weltherrschaft greifen.



unter anderem falsche Behauptungen über die Ursachen des Zweiten Weltkriegs oder die Leugnung des Holocausts. Letzteres ist in Deutschland und einigen anderen Staaten strafbar.

Während solche eindeutigen Positionen in weiten Teilen der Gesellschaft zum Glück geächtet werden, sind weniger drastische geschichtsrevisionistische Aussagen durchaus weit verbreitet. Im Tenor „es war nicht alles schlecht damals“ wird dann beispielsweise Hitler als vermeintlicher Erfinder von Tierschutz oder Erfinder der Autobahn in ein positives Licht gerückt. Solche Aussagen mögen auf den ersten Blick harmlos erscheinen. Tatsächlich verbirgt sich dahinter jedoch mehr als nur falsche Lorbeeren für Adolf Hitler. Rechtsextreme Kreise wollen mit solchen Vergleichen das demokratische System als lang-

sam und ineffektiv darstellen und Diktaturen zu handlungsstarken politischen Systemen verklären.



Beispiele: Geschichtsrevisionismus in Heusenstamm und Südhessen

Heusenstamm 2018

Der AfD-Politiker Carsten Härle aus Heusenstamm postet auf Facebook immer wieder geschichtsrevisionistische Inhalte. Beispielsweise solche, in denen die Kriegsschuld Deutschlands als „Märchen der alliierten Umerziehung“ dargestellt wird und der damalige britische Premier Churchill als „Hauptkriegstreiber“ (Facebook 2018a) bezeichnet wird. Auch postete er Beiträge, in denen Rudolf Hess „Friedensbemühungen“ (Facebook 2018b) unterstellt werden – ebenfalls ein klassisches Narrativ des Geschichtsrevisionismus.

Laut Hessischem Rundfunk geht der Heusenstammer AfD-Funktionär noch weiter. Im Magazin „defacto“ wird von Facebook-Postings berichtet, in denen der Kommunalpolitiker Holocaustleugner*innen als „Märtyrer“ bezeichnete (Hessischer Rundfunk 2018). Die Leugnung des Holocaust steht in Deutschland unter Strafe. Geschichtsrevisionist*innen wenden sich immer wieder gegen die Strafbarkeit der Holocaustleugnung. Die deutsche Erinnerungskultur, die darum bemüht ist, Verbrechen des Nationalsozialismus aufzudecken und den Opfern der Gräueltaten zu gedenken, verunglimpfen sie als „Schuldskult“.

Rüsselsheim 2018

Kurz nach der hessischen Landtagswahl 2018 wurde publik, dass eine neu gewählte Landtagsabgeordnete der AfD aus Rüsselsheim in einem Facebook-Kommentar unter einem Bild des geschichtsrevisionistischen Facebook-Accounts „Traditionsbuchreihe“ einen Mann mit den Worten „Ein toller Mensch, der viel zu erzählen hat“ beschrieb. Der Mann heißt Dries Coolens und schloss sich während des Zweiten Weltkriegs als Freiwilliger der Waffen-SS an. In extrem rechten Kreisen wird er verehrt. Die Abgeordnete wurde daraufhin aus Landtagsfraktion der AfD ausgeschlossen, allerdings ist sie weiterhin Parteimitglied (Jellonek 2018).

Main-Kinzig- Kreis 2020

Geschichtsrevisionistische Inhalte werden im Netz besonders häufig an Gedenktagen gepostet. Eine AfD-Abgeordnete aus dem Kreistag Main-Kinzig postete beispielsweise am 8. Mai 2020, also dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands, ein Bild der zerstörten Stadt Dresden mit der Kommentierung „Ich feier NICHT“ (Jellonek 2020).

wir

Was hat das mit uns zu tun?

Gerade jüngere Generationen, die weit nach 1945 geboren wurden, fragen häufig: „Was hat das mit mir zu tun?“ Natürlich kann niemand für eine Zeit verantwortlich gemacht werden, die weit vor der eigenen Geburt liegt. Genau das wird im Zuge moderner Geschichtspädagogik und Erinnerungskultur jedoch nicht getan. Im Gegenteil ist die Beschäftigung mit der Geschichte eine Chance, etwas für die Gegenwart zu lernen und über eigenes Verhalten nachzudenken. Die Beschäftigung mit Ursachen für Diskriminierung und Unterdrückung in der Vergangenheit hilft dabei, gegen Diskriminierung in der Gegenwart aktiv zu werden.

aktiv
werden!

gegen Geschichtsrevisionismus

Weiterbilden

Wer Geschichtsrevisionismus widersprechen will, sollte sich mit der deutschen Geschichte auskennen.

Bücher zum Thema können Sie hier bestellen:
bpb.de

Stolpersteine pflegen

Die Stolpersteine, also dezentrale Mahnmale gegen das Vergessen der Opfer des Holocaust brauchen Pflege. Wie das geht, darüber informieren Vereine vor Ort. In Heusenstamm gibt es die Gruppe „Stolpersteine in Heusenstamm“

stolpersteineinheusenstamm@web.de

junge Menschen, die sich heute mit Fragen der gesellschaftlichen Diskriminierung von Minderheiten beschäftigen wollen. Angeboten werden: Führungen zur Geschichte der KZ Außenstelle Walldorf, Thementage (nach Absprache), Projekte für Schulklassen, Jugend- und Studentengruppen (Themen nach Absprache), Veranstaltungen.

Infos: <http://www.margit-horvath.de>

Gedenstätten besuchen

In der Nähe gibt es z.B. das Horváth-Zentrum als ein Ort der Erinnerung an das Grauen und das Leid, das 1944 in der KZ-Außenstelle Walldorf herrschte. Es ist ein Ort, der ein historisches Bodendenkmal aus der Zeit der KZ-Außenstelle schützt. Und es ist ein Ort für

2.5.

Sexismus und LGBTQI+-Feindlichkeit

Unter Sexismus versteht man die Abwertung von Menschen aufgrund des ihnen zugeschriebenen Geschlechts. Basis dieser Abwertung ist ein (implizites) Bild von Geschlechterrollen, nach dem Männer von Natur aus überlegen seien. Sexismus kann sich in körperlichen Übergriffen zeigen oder darin, dass Frauen* weniger Fähigkeiten zugesprochen werden wie Männern. Sexismus kann von einzelnen Individuen ausgehen, existiert jedoch auch als struktureller Missstand. Struktureller Sexismus offenbart sich beispielsweise in der mangelnden Repräsentanz von Frauen* in wirtschaftlichen Spitzenpositionen und politischen Ämtern oder in der ungleichen Bezahlung von Männern* und Frauen*.



info

LGBTQI+ //

LGBTQI+ steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Trans*, Queer und Intersexual. Das Pluszeichen steht für weitere Geschlechtsidentitäten. Auch die deutschsprachige Abkürzung LSBTQI+ (lesbisch, schwul, bisexuell, trans, queer und intersexuell) wird synonym verwendet. Die Abkürzung ist zum einen eine Sammelbezeichnung für Menschen, die von Diskriminierungen auf Grundlage heterosexistischer gesellschaftlicher Normen betroffen sind. Das heißt von Gesellschaftsvorstellungen, die Heterosexualität als normal ansehen und andere Geschlechterbeziehungen und -identitäten abwerten. Zum anderen dient der Begriff als Selbstbezeichnung einer Bewegung, die sich gegen die Diskriminierung und die entsprechenden Normen einsetzt.

Antifeminismus & Anti-Genderismus //

Antifeminismus, also die abwertende Reaktion auf feministische Forderungen und Politik, ist so alt wie der Feminismus selbst. Antifeministische Akteur*innen verfolgen das Ziel, Errungenschaften feministischer Politik rückgängig zu machen. Dafür versuchen sie gezielt feministische Forderungen und Politiker*innen verächtlich zu machen.

Eng verknüpft mit antifeministischen Einstellungen ist das Phänomen des Anti-Genderismus, das häufig als eine Art zeitgemäße Fortsetzung antifeministischer Argumentationen verstanden wird (Schmincke 2018: 32). Auf eine Anti-Gender-Haltung trifft man vor allem in der Propaganda und Rhetorik von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien. Aber auch einige Vereine und Initiativen versuchen gezielt den Begriff „Gender“ in Misskredit zu bringen. Für Imke Schmincke ist das die zentrale Strategie des Anti-Genderismus (Schmincke 2018: 32). Der englische Begriff „Gender“ beschreibt das Geschlecht eines Menschen nicht im biologischen Sinne, sondern bezieht sich auf soziale Aspekte geschlechtlicher Identitäten. Theorien und Forschungen über Gender zeigen, dass geschlechtliche Identitäten in hohem Maße gesellschaftlich mitgeprägt werden. Das Konzept Gender steht daher auch für eine Öffnung des Begriffs Geschlecht und lässt Definitionen jenseits der klassischen Zuordnung in Männer und Frauen zu. Diese Öffnung geschlechtlicher Kategorien greifen rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte an. Schmincke macht dabei zwei zentrale Erklärungsmuster in der Anti-Gender-Propaganda aus: „Bei ersterem wird unterstellt, Gender Mainstreaming sei eine Art staatlich verordnete kollektive Gehirnwäsche, die wahlweise von der EU oder Lobbygruppen lanciert werde. Der zweite versucht vor allem die Gender Studies darüber zu delegitimieren, dass sie unwissenschaftlich seien, Ideologie produzierten und damit unrechtmäßig Steuergelder verschleudern würden“ (Schmincke 2018: 32).

Homosexuellenfeindlichkeit //

Unter Homosexuellenfeindlichkeit versteht man die Ablehnung homosexueller Menschen, die sich häufig durch eine ablehnende Haltung von Zuneigungsbekundungen homosexueller Paare in der Öffentlichkeit sowie die soziale Ausgrenzung von Homosexuellen ausdrückt. Homosexuellenfeindlichkeit gilt dabei auch als ein Bindeglied zwischen der religiös-fundamentalistischen und völkisch-nationalistischen Rechten. Beiden gilt die heterosexuelle Kleinfamilie als Norm, die gegen eine Gesellschaft mit pluralen Familien- und Lebensformen verteidigt werden müsse.

Transfeindlichkeit //

Unter Transfeindlichkeit wird die Ablehnung von Menschen, die trans* sind oder deren Geschlechtsausdruck nicht den anerkannten Geschlechterkategorien von männlich und weiblich entspricht, verstanden (das Sternchen in der Bezeichnung trans* soll Raum für verschiedene Identitäten lassen, wie beispielsweise transsexuell, Transmann, Transfrau, transident, Transgender). Transfeindlichkeit kommt unter anderem durch Aberkennung der geschlechtlichen Identität zum Ausdruck oder durch sprachliche Unsichtbarmachung. Transfeindlichkeit setzt Transpersonen auch Bedrohungen wie psychischer und körperlicher Gewalt aus.





Beispiele: Sexismus & LGBTQI+-Feindlichkeit in Heusenstamm und Südhessen

Kelsterbach 2018

In Kelsterbach im Landkreis Groß-Gerau fand am 20. Januar 2018 ein Kongress der „Demo für alle“ statt. Die „Demo für alle“ kam ursprünglich aus Baden-Württemberg, wo sie sich gegen einen neuen Schullehrplan richtete, dessen Ziel es war „Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intersexuellen Menschen“ erstmals als Unterrichtsziel zu definieren. Die „Demo für alle“ war eine Kampagne, die, nach dem französischen Vorbild „Manif pour tous“, katholische und evangelikale Fundamentalisten sowie Gruppierungen aus dem rechtspopulistischen Spektrum bis hin zur extremen Rechten umfasste. An dem Beispiel zeigt sich, wie Antifeminismus und Antigenderismus eine Klammer bilden können, die ein Spektrum von Bürgerlich-Konservativen bis zur extremen Rechten verbinden kann.

Hessen 2019

Februar 2019: Im Februar 2019 werden Chatprotokollen der AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative Hessen“ öffentlich. Wie die „FAZ“ berichtete, wurde in der Chatgruppe „JA Hessen Intern“ diskutiert, Frauen das Wahlrecht zu entziehen: „Frauenwahlrecht abschaffen und die links-grünen haben Probleme“, schrieb dort ein damaliges Mitglied des Landesvorstandes der JA. Er schrieb weiter, Frauen hätten „eh nichts im Beruf verloren“ (Bender/Freidel 2019). Antifeminismus und Sexismus sind in der „Neuen Rechten“ besonders stark verbreitet und können als ein ideologischer Kern angesehen werden.

Frankfurt 2019

Im Sommer 2019 wurde das offene queere Jugendzentrum „KUSS41“ zweimal innerhalb von kurzer Zeit durch Vandalismus beschädigt. Am Wochenende vom 26.-28. Juli 2019 wurden die Außendekoration und mehrere Fensterscheiben zerstört. In der Nacht vom 10. August 2019 wurde eine Fensterscheibe eingeschlagen. KUSS41 ist ein Jugendzentrum, das für Menschen jeglicher sexueller Orientierungen und Geschlechteridentitäten einen Anlaufpunkt bietet (Frankfurter Jugendring 2019).

wir

Was hat das mit uns zu tun?

Frauen-, homosexuellen- und transfeindliche Sprüche können einem an vielen Orten begegnen. Zudem gibt es weiterhin strukturellen Sexismus, wie etwa die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern zeigen (Gender-Pay-Gap). Die weiterhin starke gesellschaftliche Verbreitung reaktionärer heterosexistischer und patriarchaler Normen ist dabei auch ein Anknüpfungspunkt extrem rechter Propaganda. Deshalb ist es besonders wichtig, die eigene Haltung zu diesem Thema zu reflektieren und sich solidarisch mit Betroffenen zu zeigen. In privaten und beruflichen Situationen sollte zum Beispiel darauf geachtet werden, unterschiedliche sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentitäten mitzudenken und dementsprechend zu handeln.

aktiv
werden!

gegen Sexismus & LGBTQI+-Feindlichkeit

Queeres Jugendzentrum besuchen

Queere Jugendzentren wie das „KUSS41“ in Frankfurt oder das „Queere Zentrum Darmstadt“ bieten Anlaufstellen für queere Menschen, die sich vernetzen und engagieren möchten oder auf der Suche nach Rat und Unterstützung sind.

www.kuss41.de
www.queereszentrum-darmstadt.org

Workshops buchen

„SCHLAU Hessen“ ist ein queeres Antidiskriminierungs- und Bildungsprojekt. In Workshops mit Schulklassen, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sprechen junge lesbische, schwule, bi, pan, trans*, a* und queere Menschen über ihr Coming-Out, die eigene Biografie sowie persönliche Diskriminierungserfahrungen.

www.schlau-hessen.de

Weitere Informationen

Die „Antidiskriminierungsstelle des Bundes“ bietet auf ihrer Webseite ein umfangreiches Portal mit Informationen zu Geschlecht und Sexueller Identität.

www.antidiskriminierungsstelle.de

Das Projekt „Diskursatlas Antifeminismus“ des Soziologen Andreas Kemper bietet einen sehr umfangreichen Überblick über antifeministische, frauen- und LGBTQI+-feindliche Ideologien und Organisationen.

www.diskursatlas.de

2.6.

Exkurs: Intersektionalität

Die bisherigen Kapitel der Broschüre haben sich mit verschiedenen Formen von Diskriminierungen, Stigmatisierungen und Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beschäftigt. In der Praxis verläuft zwischen diesen Phänomenen meist keine Trennung. Im Gegenteil: Die meisten Menschen, die von einer Form der Diskriminierung betroffen sind, können gleichzeitig auch von einer weiteren betroffen sein. Den Fachbegriff dafür nennt man Intersektionalität.

Der Begriff Intersektionalität kommt von dem englischen Begriff „Intersection“, der für eine Straßenkreuzung steht. Gemeint ist hier die Kreuzung verschiedener Formen von Diskriminierung. Intersektionalität heißt, dass beispielsweise Schwarze Frauen nicht nur von Rassismus oder Sexismus betroffen sein können, sondern auch von beidem zugleich. So kann zum Beispiel eine Gleichstellungspolitik für Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die rassistische Benachteiligung nicht mitdenkt, den Effekt haben, dass vor allem weiße Frauen davon profitieren. Schwarze Frauen würden weiterhin gleichzeitig als Frau und als Schwarzer Mensch auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Gleiches wür-

de für ein Programm gegen rassistische Diskriminierung gelten, das Sexismus nicht mitdenkt.

Unter Intersektionalität versteht man also eine Debatte darüber, dass verschiedene Formen sozialer Ungleichheit, die unter anderem auf Gender, Ethnizität, Nation oder Klasse beruhen, nicht getrennt voneinander verstanden werden können. Der Fokus liegt dabei auf der Wechselwirkung dieser Kategorien. Diskriminierungserfahrungen können also auf der Überschneidung von verschiedenen Arten von Diskriminierung beruhen. Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen können deshalb sehr vielfältig sein, da sie häufig nicht nur auf einer

einzigsten Form von Diskriminierung beruhen, sondern auf unterschiedlichen „Kreuzungen“ von Diskriminierungsformen.

Man muss sich deshalb bewusst machen, dass man meistens nicht in der Lage ist, alle Ebenen der Diskriminierung innerhalb eines Vorfalls erkennen oder nachvollziehen zu können. Als männliche Person, die beispielsweise selbst von der Praxis des „Racial Profiling“ betroffen ist, kann man ähnliche Erfahrungen anderer Menschen nachvollziehen und vielleicht trotzdem Diskriminierungen und Abwertungen übersehen, die in dieser Situation vor allem Frauen betreffen. Deshalb müssen die indivi-





duellen Lebensgeschichten der Betroffenen eine stärkere Berücksichtigung bei der Einschätzung von Vorfällen finden. Die individuellen Erfahrungen von Betroffenen müssen dabei ernstgenommen werden.

Um verschiedene Diskriminierungsformen besser zu erkennen, ist es wichtig, auch die eigene gesellschaftliche Stellung und die damit einhergehenden Erfahrungen zu betrachten, sich also zu fragen: welche Formen der Diskriminierung sind mir in meinem Leben begegnet und welche Formen können mir

nicht begegnen? Am Ende einer Auseinandersetzung mit den eigenen Intersektionalitäten weiß man nicht nur mehr über sich selbst, sondern man kennt bestenfalls die eigenen „blinden Flecken“. Das heißt Erfahrungen, die man im Leben wahrscheinlich nicht selbst macht, von denen andere aber wie selbstverständlich betroffen sind.

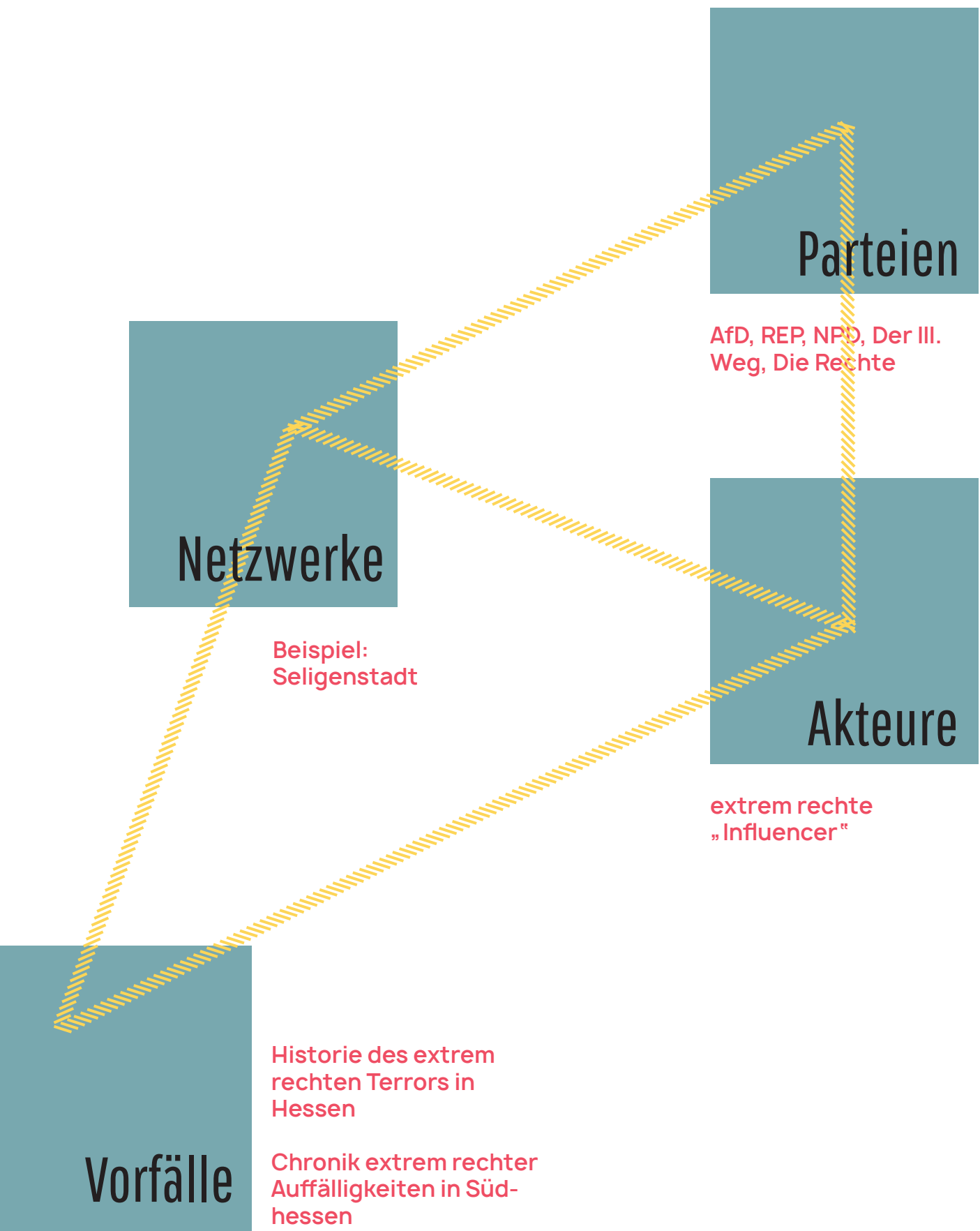
Auseinandersetzung mit Intersektionalität heißt zu verstehen, dass innerhalb eines Vorfalls oft mehrere persönliche Erfahrungsebenen eine Rolle spielen.

Wer die eigenen „blinden Flecken“ kennt, kann besser auf unbekannte Erfahrungen reagieren und diese einordnen.

Kapitel

3 Extrem rechte Netzwerke

Wie ist die extreme Rechte in Südhessen und Heusenstamm organisiert? Welche Parteien und Organisationen spielen eine Rolle und mit welchen Methoden wird extrem rechte Propaganda in die breite Öffentlichkeit getragen?



3.1.

Rechtspopulistische Parteien

Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde 2013 im hessischen Oberursel gegründet. Beim ersten Wahlantritt verpasste die Partei nur knapp den Einzug in den Bundestag. Beim zweiten Versuch konnte die AfD dagegen 12,6 % der Wähler*innenstimmen auf sich vereinen. Seit 2017 ist die Partei auch im hessischen Landtag vertreten. Andere rechtspopulistische Parteien wie „Die Republikaner“ haben nur noch auf lokaler Ebene Bedeutung. Rund um Hanau ist sie in einigen kommunalpolitischen Gremien vertreten.

Der AfD-Landesverband Hessen wird im Vergleich zu anderen Landesverbänden der AfD immer wieder als gemäßigt beschrieben. Tatsächlich sind jedoch auch hessische AfD-Politiker*innen mit Skandalen aufgefallen: Noch vor der ersten Sitzung der frisch gewählten Landtagsfraktion wurde die Abgeordnete Alexandra Walter aus der neuen Fraktion ausgeschlossen. Der Grund ihres Ausschlusses waren Facebook-Beiträge, in denen unter anderem einem Angehörigen der Waffen-SS gehuldigt wurde. Die Abgeordnete aus Rüsselsheim konnte nicht glaubhaft widerlegen, dass die entsprechenden Postings von ihr verfasst wurden.

Auch jenseits der skandalumwitterten AfD-Politiker*innen zeigt sich das Menschenbild der Partei in Südhessen deutlich. Der Landtagsabgeordnete Bernd Vohl aus Neu-Isenburg schreckte in einer Rede 2017 beispielsweise nicht vor rassistischen Aussagen zurück. Geflüchtete Menschen bezeichnete

AfD-Politiker*innen auf einer Demonstration in Friedberg 2019: 2. v. L: Andreas Lichert, Landtagsabgeordneter. Ganz rechts: Christine Anderson, Mitglied im EU-Parlament.

Vohl in der Rede als „alimentierte Goldstücke“ (YouTube 2018), außerdem würden mit Steuergeldern Häuser gebaut, „weil Ali und Mohamed mit ihren 10, 15 Kindern brauchen ja Häuser“ (YouTube 2018).

Mehrere Funktionär*innen der AfD verfügen darüber hinaus nachweislich über Kontakte zu rechtsextremen Organisationen. Der Landtagsabgeordnete Andreas Lichert fungierte zeitweise als Geschäftsführer der neurechten Organisation „Institut für Staatspolitik“, die inzwischen vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Außerdem war er am Ankauf einer Immobilie für die rechtsextreme Identitäre Bewegung in Halle beteiligt.



Die AfD Heusenstamm

Die AfD in Heusenstamm wird maßgeblich vom AfD-Politiker Carsten Härle bestimmt, gegen den ein Parteiausschluss-Verfahren läuft. Härle fällt in sozialen Netzwerken immer wieder mit offen rechtsextremen Beiträgen auf. Unter anderem teilte der Lokalpolitiker einen Facebook-Beitrag, in dem die Holocaust-Leugner*innen Ursula Haverbeck und Horst Mahler als Märtyrer bezeichnet wurden. Härle wird auch mehrfach in einem Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz erwähnt. Innerhalb seines Kreisverbands ist der Politiker trotz seiner Skandale nicht isoliert. Nur durch den Beschluss einer Ämter Sperre konnte der AfD-Landesvorstand verhindern, dass Härle zum Vorsitzenden des Kreisverbands Offenbach-Land gewählt wurde, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits das Parteiausschlussverfahren gegen ihn lief.



Beobachtung durch den Verfassungsschutz

Die AfD-Teilorganisationen „Der Flügel“ und die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative“ wurden Anfang 2019 als Verdachtsfall für rechts-extreme Vereinigungen vom Bundesamt für Verfassungsschutz eingestuft. Im März 2020 wurde nach einer Prüfung bestätigt, dass die genannten AfD-Teilorganisationen als rechtsextrem geführt werden. „Der Flügel“ löste sich nach Verkündung der Entscheidung des Bundesamtes für Verfassungsschutz formal auf. Die rund 7000 Mitglieder des Flügels sind jedoch weiterhin AfD-Mitglieder und untereinander vernetzt.

Inzwischen haben einige Landesämter für Verfassungsschutz die Gesamtpartei als rechtsextrem eingestuft, da Anhänger*innen des Flügels in den Landesverbänden den politischen Kurs der Gesamtpartei bestimmen.

Das hessische Landesamt für Verfassungsschutz schätzt das Personenpotenzial des Flügels in Hessen auf bis zu 600 ein. Die „Junge Alternative“ soll in Hessen etwa 50 Mitglieder haben. Der Flügel trat in Hessen nach außen hin nicht mit eigenen Veranstaltungen in Erscheinung, sondern nutzte Parteiveranstaltungen der AfD.

3.2.

Extrem rechte Kleinparteien

Extrem rechte Kleinparteien spielten bei der hessischen Landtagswahl 2018 und der Europawahl 2019 kaum eine Rolle. Auch wenn die Parteien weit davon entfernt sind, in Landtage einzuziehen, bleiben sie bedrohlich. Mit drastischen Propagandaaktionen versuchen sie Minderheiten und demokratisch gesinnte Menschen einzuschüchtern. Zudem gilt das Umfeld rechtsextremer Parteien als gewaltbereit.

Für die NPD, bekannteste und größte unter den extrem rechten Kleinparteien in Deutschland, war Hessen traditionell eine Hochburg. Hier schaffte sie 1966 den ersten Einzug in ein Landesparlament. Es war allerdings auch das einzige Mal, dass die NPD es in den Hessischen Landtag schaffte. Bei der letzten Landtagswahl 2018 kam sie lediglich auf 0,2 % der Stimmen. Bei der Europawahl 2019 landete sie in Hessen ebenfalls bei 0,2 %. Die NPD hat in den letzten Jahren an den Wahlurnen ein doppeltes Problem: Zum einen hat die Partei inhaltlich in vielen Punkten große Schnittmengen mit den Positionen von rechtspopulistischen Parteien. Viele ihrer Wähler*innen machen ihre Kreuze inzwischen bei rechtspopulistischen Parteien, die deutlich bessere Chancen auf politische Einflussnahme haben. Zum anderen hat sie durch das Auftauchen neuer Kleinparteien wie „Die Rechte“ oder „Der III. Weg“ auch Konkurrenz am rechten Rand bekommen.

Inzwischen versucht die NPD über Tarnkampagnen, das heißt Kampagnen, bei denen nicht gleich ersichtlich ist, dass die NPD dahintersteckt, Aufmerksamkeit zu erregen.

Zwei Beispiele dafür sind die „Schutzzone-Kampagne“ und „Schuelersprecher.info“. Mit der Schutzzone-Kampagne gerieren sich NPD-Mitglieder*innen in roten Warnwesten mit Kampagnenlogo als eine Art Bürgerwehr (NPD Hessen 2018a). Die Aktionen sind dabei vor allem Gelegenheiten, Bilder für die Bespielung der Parteikanäle in den sozialen Medien zu erzeugen und dauern dementsprechend auch meistens nur so lange, bis die Fotos geschossen sind. „Schuelersprecher.info“ ist eine Tarnkampagne der NPD-Jugendorganisation Junge Nationalisten (JN), die sich an junge Menschen richten soll. Die Kampagne greift vordergründig Klimawandel und Kapitalismuskritik auf. Die rassistischen, antisemitischen und demokratiefeindlichen Inhalte der Kampagne fallen erst beim Lesen der dazugehörigen Webseite auf.

Ebenfalls in Hessen aktiv ist die 2013 gegründete extrem rechte Kleinpartei „Der III. Weg“. Hintergrund der Parteigründung dürfte der erhöhte Ermittlungsdruck gegen die rechte Kameradschaftsszene nach dem Auffliegen des rechtsterroristischen NSU sowie das damals anstehende Verbotsverfahren gegen die

Christian Worch, der führende Kopf der neonazistischen Kleinstpartei „Die Rechte“, am Rande einer Demonstration in Kassel 2019.



NPD sein. Das spiegelt sich bis heute in der Mitgliederstruktur der Partei wider. Der Partei gehören vor allem ehemalige Funktionäre und Mitglieder der NPD an und Personen, die zuvor in „Freien Kameradschaften“ aktiv waren. Der „III. Weg“ ist nicht flächendeckend präsent. Dort wo die Kleinpartei aktive Mitglieder hat, hat sie regionale Gruppierungen geschaffen, die sie als Stützpunkte bezeichnet. Einen solchen Stützpunkt betreibt die Partei in „Rheinhessen“. Schaut man auf die Aktivitäten des Stützpunktes Rheinhessen, zeigt sich, dass dieser vor allem im Raum Groß-Gerau präsent ist.

In Hessen ist außerdem die Neonazi-Kleinpartei „Die Rechte“ mit einzelnen Mitgliedern aktiv. Bislang sind diese jedoch nicht in Südhessen in Erscheinung getreten.

wir

Was hat das mit uns zu tun?

Extrem rechte Parteien wie die NPD können kaum noch eigene Wahlerfolge erzielen. Mit ihren Themen spielen sie zudem in Presse und Öffentlichkeit fast keine Rolle mehr. Die rechtspopulistische Konkurrenz der AfD lässt die rechtsextremen Kleinparteien in der Bedeutungslosigkeit versinken.

Harmlos sind die Parteien jedoch trotz mangelnder Wahlerfolge nicht. Im Gegenteil bleiben sie hoch gefährlich. Sie sind Rückzugsräume für gewaltbereite Personen und Strukturen.

Außerdem ist ihre rassistische und menschenverachtende Propaganda in Wahlkämpfen im öffentlichen Raum zu sehen. Für Menschen, die mit den rassistischen Parolen abgewertet werden, sind solche Plakate eine Zumutung.

3.3.



Neue Vernetzungen: Beispiel Seligenstadt

Bundesweit ist der Trend zu beobachten, dass sich extrem rechtes Gedankengut auch außerhalb von Parteien und klassischen Neonazistischen Organisationen formiert. Diese „neuen Vernetzungen“ mobilisieren vor allem über soziale Netzwerke. In Südhessen ist Seligenstadt besonders von dem Phänomen betroffen. Seit einem Jahr wird die Kleinstadt immer wieder zum Versammlungsort für extrem rechte Aktivist*innen.

Von August bis Oktober 2019 kam es in Seligenstadt zu rechten Kundgebungen unter dem Motto „Seligenstadt ist bunt genug“. Sie richteten sich gegen die gleichzeitig stattfindenden Kundgebungen der Seligenstädter Seebrücke, die forderte, dass sich Seligenstadt zum sicheren Hafen für Geflüchtete erklären solle. Zu den Kundgebungen von „Seligenstadt ist bunt genug“ wurde hauptsächlich über die gleichnamige Facebook-Seite mobilisiert (Reinesch/Jellonek 2019: 6).

Die Veranstalter*innen der rechten Kundgebungen versuchten unter verschiedenen Namen schon länger zu Protesten in Seligenstadt zu mobilisieren. Eine Vorgängerseite auf Facebook hieß „Seligenstadt wach auf“. Auf dieser Seite, wie später auch

auf der Seite „Seligenstadt ist bunt genug“, wurden täglich rechte Inhalte gepostet mit dem Ziel, eine flüchtlingsfeindliche Stimmung zu erzeugen. Die Gruppe „Seligenstadt wach auf“ versuchte bereits Ende 2018 mehrmals Anhänger*innen zu einer Kundgebung in Seligenstadt zu mobilisieren. Allerdings trafen diese Aufrufe damals noch kaum auf Resonanz.

Außerdem waren die Veranstalter*innen bereits 2016 Teil einer Facebook-Gruppe namens „Wachsamer Nachbar Seligenstadt“, an der sich auch ein Mitglied der „Kameradschaft Aryans“ beteiligte. Die „Kameradschaft Aryans“ ist eine Neonazi-Kameradschaft mit Mitgliedern aus Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt (Deut-

scher Bundestag 2017: 13). Bekannt wurde sie vor allem durch einen sehr gewalttätigen Überfall 2017 am Rande einer Demonstration von „Die Rechte“ in Halle (siehe auch Kapitel 3.7.). Der Kameradschaft gehören unter anderem Neonazis aus dem Main-Kinzig-Kreis, aus Offenbach sowie aus der Umgebung von Mainz und Aschaffenburg an. Die Bundesanwaltschaft ermittelte wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung gegen die Kameradschaft.

Von Ende August bis Anfang Oktober 2019 fanden die Kundgebungen immer mittwochs am Seligenstädter Marktplatz statt. Bei den meistbesuchten Veranstaltungen Mitte September schlossen sich rund 90 Personen der rechten Kundge-

bung an. Dabei kam es immer wieder zu Drohungen gegen Kritiker*innen oder Gegendemonstrant*innen der Proteste. Auf der Facebook-Seite wurde der Ton zunehmend rauer. Seligenstädter*innen, die sich gegen Rechts oder für Geflüchtete engagierten, wurden dort teils massiv beleidigt. Mitunter wurde Einzelpersonen aus Seligenstadt auch verklausuliert körperliche Gewalt angedroht. Am Auto einer Teilnehmerin einer Gegendemonstration, die die Satirepartei „Die Partei“ am 9. Oktober 2019 durchführte, fand sich im Nachhinein ein Aufkleber von „Seligenstadt ist bunt genug“. Auch einem Journalisten der „Offenbach-Post“, der kritisch über die Kundgebungen berichtete, wurde implizit gedroht. Am 11. September führte „Seligenstadt ist bunt genug“ eine Demonstration vor dem lokalen Büro der Offenbach-Post durch.

Um die Kundgebung herum bildete sich dabei auch ein rechtes Netzwerk mit unterschiedlichen Akteur*innen. Auf Seiten der rechten Demonstrant*innen trafen sich viele Menschen aus regionalen Rockerclubs. Zudem wurden mehrere rechte Kundgebungen in Seligenstadt von einem Kameramann des rechten YouTube-Kanals „Abendland“ dokumentiert und verbreitet. „Abendland“ ist ein Kanal aus Südhessen, der bundesweit von rechten Demonstrationen berichtet (siehe auch Kapitel 3.4.). Die dazugehörige Facebook-Seite fällt immer wieder durch geschichtsrevisionistische Inhalte auf. Am 18. September 2019 trat bei der Kundgebung

Ingeborg S. auf. S. ist als umtriebige rechte Aktivistin unter anderem aus dem Umfeld der Wiesbadener Gelbwesten bekannt. Dauergast in Seligenstadt ist außerdem Andreas S., der ebenfalls in den letzten Jahren bundesweit extrem rechte Kundgebungen und Demonstrationen besuchte.

Eine Weile, nachdem die Demonstrationen beendet wurden, wurde auch die Facebook-Seite „Seligenstadt ist bunt genug“ geschlossen. Die Initiatoren haben mittlerweile neue Facebook-Seiten unter den Namen „Bürgerinitiative Seligenstadt“ und „Bürgerbewegung Seligenstadt“ gegründet. Über diese mobilisierten sie 2020 unter anderem zu Kundgebungen unter dem Titel „Fridays gegen Altersarmut“ und zu sogenannten „Hygiene-Demos“ gegen die Maßnahmen in der Corona-Pandemie. An einer Demonstration während der Corona-Krise im Mai 2020 beteiligte sich auch Torsten F., der in der Vergangenheit unter anderem Redebeiträge bei Demonstrationen rechtsradikaler Hooligans hielt.

Seit Sommer 2019 wird der Seligenstädter Marktplatz immer wieder zum Kundgebungsort für extrem rechte Parolen, Rassismus und Verschwörungsideologien.



3.4.

Extrem rechte „Influencer“

Beinahe jedes Wochenende findet irgendwo in Deutschland eine rechte oder rechtsextreme Kundgebung oder Demonstration statt. Oft finden sich nur einige Dutzend Menschen an den Versammlungsorten ein. Fast immer ist inzwischen das Equipment für einen Livestream mit vor Ort. Dazu braucht es gar nicht viel: Ein vernünftiges Handy oder eine andere internetfähige Kamera, je nach Professionalität der Publizist*innen noch zusätzliche Mikrofone oder Lichtausstattung. Die Wirkung dieser einfachen Werkzeuge kann beträchtlich sein: Wenn der publizierende Account eine entsprechende Reichweite mitbringt, dann sehen das Demogeschehen nicht nur die wenigen Besucher*innen vor Ort, sondern mitunter zehntausende Menschen.

Im Rhein-Main-Gebiet gibt es mehrere Accounts, betrieben von Einzelpersonen oder Gruppen, die sich innerhalb der rechten Netzgesellschaft einen Namen gemacht haben. Im Großraum Frankfurt lebt beispielsweise Henryk Stöckl, der mit Livevideos auf Facebook und YouTube innerhalb weniger Monate eine derart große Reichweite erzielen konnte, dass er vom Internetmagazin „Buzzfeed“ so-

ziale Netzwerke sind inzwischen das zentrale Medium für rechte und rechtsextreme Kreise, um neue Mitglieder zu rekrutieren und zu Veranstaltungen zu mobilisieren. Insbesondere mit Livestreams gelingt es innerhalb der Szene, die eigene Sicht auf aktuelle Ereignisse zu transportieren. In Südhessen sitzen einige Online-Publizist*innen mit bundesweiter Relevanz.

gar als rechter „Influencer“ betitelt wurde. Der schnelle Aufstieg seiner Kanäle hängt auch damit zusammen, dass der Netzaktivist in seinen Videos und den rahmenden Beschreibungen maßlos übertreibt oder gar Sachverhalte komplett erfindet. Sein Video über eine rechte Demonstration in Freiburg und den demokratisch gesinnten Gegenprotest im November 2018 schauten sich auf YouTube über 40.000 Menschen an. Im Video verbreitete der junge Mann gleich mehrere Falschmeldungen, die von der Freiburger Polizei korrigiert werden mussten, unter anderem erfand er schwere Gewalttaten. Seine Falschbehauptungen über Polizist*innen führten dazu, dass im Februar 2019 Ermittlungen gegen den Mann eingeleitet wurden (Peiner Nachrichten 2019).

Über die Wirkung von Livestream-Videos ist noch wenig

bekannt. Auch erschließt sich vor allem szenefernen Betrachter*innen die Popularität der Videos nicht zwangsläufig: Oft sind Ton- und Bildqualität mäßig und zu sehen gibt es über lange Strecken lediglich Menschenansammlungen, oder im Fall von Chat-Livestreams Menschen, die vor Bücherregalen sitzen und auf ihren Laptop starren. Für Angehörige der rechten Szene stoßen die Videos dagegen in eine als schmerzhaft wahrgenommene Lücke: Vor dem Zeitalter der Livestreams war man für Bewegtbilder von den eigenen Kundgebungen auf die Berichte seriöser Fernsehsender angewiesen und musste deren kritische Einordnung des gezeigten zwangsläufig mit konsumieren. Die neuen Videoanbieter*innen auf Facebook, YouTube und Co versprechen dagegen eine Schilderung des Geschehens

3.5.

Rechtsterrorismus in Hessen

aus der eigenen Weltsicht und politischen Perspektive. Die Livestreams sind damit Formate zur politischen Selbstvergewisserung und vertiefen mutmaßlich die Bindung der Betrachter*innen zum präsentierten rechten Gedankengut.

Ähnlich dürfte die Wirkung von Chat-Livestreams sein. Diese Formate sind wie eine Art Talk-Show, in der ausnahmslos rechte Stimmen zu Wort kommen. Kontroversen innerhalb der Diskussionen bleiben daher immer im Korridor eines rechten Grundkonsenses zwischen den Livestream-Teilnehmer*innen. So finden politische Diskussionen statt, ohne dass das rechte Weltbild grundsätzlich gestört oder irritiert wird.

info

2019 und 2020 gab es eine Reihe rechter Terroranschläge in Hessen. Am 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke vor seinem Wohnhaus in Isthra bei Kassel erschossen.

Am 22. Juli 2019 schoss ein 55-Jähriger aus einem Auto heraus auf den 26-jährigen Eritreer Bilal M., der dabei lebensgefährlich verletzt wurde.

Am 19. Februar 2020 erschoss Tobias R. 9 Menschen in Hanau (siehe Kapitel 2.1.). Die Anschläge in den letzten 12 Monaten sind nicht die ersten rechts motivierten Terrorakte in Hessen. Ein Überblick auf der folgenden Doppelseite.

Ab wann spricht man von Terror?

Als Terrorismus bezeichnet man schwere Straftaten, die entweder darauf abzielen, die Bevölkerung einzuschüchtern oder öffentliche Stellen oder eine internationale Organisation rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen oder die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören.

Exkurs: Rassistischer und rechter Terror in Hessen.

1974 wurde in Wiesbaden ein Feuerwerker getötet, als er versuchte einen Sprengsatz zu entschärfen, den das damalige JN-Mitglied Peter Naumann gebaut hatte (Hessenschau 2020a). Naumann beging eine Reihe weiterer terroristischer Aktionen. Unter anderem plante er 1982 zusammen mit Odfried Hepp und Walter Kexel die gewaltsame Befreiung des verurteilten NS-Kriegsverbrecher Rudolf Heß, dem ehemaligen Stellvertreter Hitlers, aus einem Gefängnis in Berlin-Spandau (Schnee 2018). Die Terroristen zerstritten sich jedoch untereinander, bevor sie die Pläne umsetzen konnten. Hepp und Kexel bildeten den Kern der aus Frankfurt agierenden „Hepp/Kexel-Gruppe“, die vor allem Anschläge gegen in Deutschland stationierte US-Streitkräfte und amerikanische Zivilist*innen begingen. 1982 verübte die Gruppe mehrere Banküberfälle und Sprengstoffanschläge im Rhein-Main-Gebiet (Gräfe 2017: 150).

Mitte der 1980er Jahre führte der Neonazi Michael Kühnen aus Hamburg die militante rechte Szene an. Zu seinen engsten Gefolgsleuten zählte der Hanauer Arndt-Heinz

M.. M. wurde unter anderem vorgeworfen, einen Überfall auf einen politischen Gegner in Frankfurt angeleitet zu haben. Das Opfer wurde zuhause überfallen, mehrere Stunden gequält und anschließend in einen Wald verbracht. Dort inszenierten die Angreifer um M. eine Scheinhinrichtung ihres Opfers (Der Spiegel 1984). Laut einem Bericht vom Fachportal „Blick nach Rechts“ ist M. heute wieder in der rechtsextremen Szene aktiv. Im Juni 2020 fand sich auf seinem Facebook-Profil rassistische Propaganda (Facebook 2020).

Auch in den frühen 1990er Jahren kam es zu einer Reihe von rechten Anschlägen. Am 31. Januar 1992 kam eine dreiköpfige Familie aus Sri Lanka bei einem Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in Lampertheim ums Leben. Am 23. Februar erschoss der schwedische Rechtsterrorist John Ausonius die 68 Jahre alte Holocaust-Überlebende Blanka Zmigrod in Frankfurt. Ausonius hatte zuvor in Schweden bereits eine Serie an Morden und versuchten Morden begangen. Auch der spätere Lübcke-Attentäter Stephan E. beging damals bereits Anschläge. Am 31. März 1989 hatte er im Keller eines Hauses in Aarbergen-Michelbach, das mehrheitlich von türkischen Staatsbürger*innen bewohnt wurde, einen Kanister mit fünf Litern Benzin in Brand gesetzt. Im November 1992 stach E. auf einer Toilette am Wiesbadener Hauptbahnhof mit einem Messer zweimal auf einen Menschen ein, auch dieser Angriff war rassistisch motiviert. Im Dezember 1993

platzte E. eine Rohrbombe in einem Auto vor einer Geflüchtetenunterkunft in Hohenstein-Steckenroth. Er steckte das Auto in Brand. Die Bewohner*innen der Unterkunft konnten das Auto löschen, bevor die Bombe explodierte. Unter anderem wegen des Messerangriffes und des Bombenanschlags wurde E. zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt (Brause/Müller 2019).

Nach seiner Entlassung Ende 1999 ließ sich E. in Kassel nieder, wo er sich der dortigen rechten Szene anschloss. Er zählte damals zum engeren Kreis um die Neonazis Michel F. und Mike S. Michel F. war damals Teil der „Oidoxie Street Fighting Crew“ (EXIF 2019). Diese hatte sich aus dem Umfeld der Dortmunder Neonazi-Band „Oidoxie“ gegründet und galt als Teil des internationalen rechtsterroristischen „Combat 18“-Netzwerks. „Combat 18“ gilt als bewaffneter Arm des in Deutschland im Jahr 2000 verbotenen extrem rechten Netzwerks „Blood and Honour“.

Am 6. April 2006 wurde in Kassel Halit Yozgat in seinem Internetcafé erschossen. Die Tat war Teil einer rechtsterroristischen Mordserie, verübt vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU). Bei den Ermittlungen wurde festgestellt, dass Andreas T., ein Mitarbeiter des Hessischen Verfassungsschutzes, sich zur Tatzeit im Internetcafé befand. T. war beim Verfassungsschutz auch zuständig für die Betreuung des V-Manns Benjamin G., der dem Verfassungsschutz Informationen über die extrem rechte

In Kassel wurde der Halitplatz nach dem 2006 vom NSU ermordeten Halit Yozgat benannt.



Szene in Kassel liefern sollte. Zu einer möglichen Verstrickung T.s in den Mord an Halit Yozgat bleiben weiterhin viele Fragen offen: Nicht zuletzt auch, weil ein interner Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz zu den Vorgängen um Andreas T. 30 Jahre lang unter Verschluss gehalten wird.

In den Ermittlungen zum Unterstützer-Netzwerk des NSU rückte auch die militante rechte Szene in Kassel in den Fokus. Insbesondere ein „Oidoxie“-Konzert, das Ende März 2006 anlässlich des 30. Geburtstags des Kasseler Neonazis Stanley R. stattfand. R. war Teil der „Oidoxie Street Fighting Crew“ und wurde später zu einem der Anführer des im Januar 2020 verbotenen rechtsterroristischen Netzwerks „Combat 18 Deutschland“. Laut verschiedener Aussagen sollen die beiden NSU-Terroristen Mundlos und Böhnhardt bei dem Konzert anwesend gewesen sein (Steinhagen 2019).

Auch Markus H., der mutmaßliche Mittäter von Stephan E. beim Mord an Walter Lübcke, fiel bereits im Zusammenhang mit dem Mord an Halit Yozgat auf. So befragte ihn die Polizei, nachdem H. die vom Bundeskriminalamt eingerichtete Seite zum Mord an Yozgat auffällig oft aufgerufen hatte. H. begründete dies damals in der Vernehmung damit, dass er Yozgat persönlich gekannt habe (Röbel/Lehberger 2019).

Nachdem Stephan E. verhaftet worden war, legte dieser ein – später widerrufenes – Geständnis ab. Darin sagte er aus, dass er auch für den versuchten Mord an einem irakischen Flüchtling im Januar 2016 verantwortlich sei. Der damals 22-jährige Bewohner einer Asylbewerberunterkunft im hessischen Lohfelden war von einem Unbekannten hinterrücks niedergestochen und schwer verletzt worden. E. wurde auch wegen dieses Mordversuchs angeklagt.

Neben Attentäter*innen, die aus der organisierten rechten Szene stammen, wie der NSU oder Stephan E. und Markus H., gibt es mittlerweile auch eine neue rechtsterroristische Gefahr von Personen, die sich im Internet radikalisiert haben. Vor allem auf sogenannten Imageboards-Onlineforen, in denen es keine inhaltlichen Beschränkungen gibt und die eine hohe Anonymität für ihre Nutzer garantieren – hat sich eine internationale rechtsterroristische Szene entwickelt. Neben Anschlägen in den USA, Kanada und Neuseeland steht auch der Anschlag im Oktober 2019 in Zusammenhang mit dieser Szene. Denselben Muster folgte auch der Attentäter von Hanau Tobias R., auch wenn er sich nicht derselben subkulturellen Sprachmuster in seinem vor den Anschlägen veröffentlichten Pamphlet bediente und vermutlich nicht mit der Szene in Kontakt stand.

3.6.

Extrem rechte Styles & Codes

Rechtsextremist*innen verstecken ihre Ideologie häufig durch bestimmte Styles & Codes. Insider*innen erkennen diese Symbole und Kürzel und können so Gleichgesinnte erkennen. Für Außenstehende sind es dagegen lediglich Buchstaben, Zahlen oder Grafiken. Die Symbole und Codes der rechtsextremen Szene erneuern sich ständig. Selbst Expert*innen können heute kaum noch das Gesamtausmaß an rechten Bekleidungsfirmen oder Codes überblicken. Deshalb kann hier nur eine exemplarische Auswahl gezeigt werden.



Odin
statt
Jesus

Anastasia
Bewegung

Wodans
Erben
Germanien

Die völkische Szene ist eng verbunden mit der Vorstellung des Heidentums. Ihre Symbole nehmen darauf Bezug.

"Odin statt Jesus" ist ein beliebter Slogan auf Kleidungsstücken in der völkischen Szene. Er drückt aus, dass man sich zum Heidentum bekennt und christliche Religionen ablehnt. Ähnlichen Hintergrund hat das Symbol „Adler fängt Fisch“: Der Fisch steht für das Christentum. Der Adler für das Heidentum. In Hessen gibt es verschiedene völkische Gruppierungen. Die rechtsesoterische "Anastasia-Bewegung" versucht Siedlungsprojekte im ländlichen Raum zu etablieren. Die Gruppierung "Wodans Erben Germanien Hessen" ist in Nordhessen aktiv.



Rechtsextreme Gruppierungen verschleiern gerne ihre Identität und treten in der Öffentlichkeit mit Tarnkampagnen auf.

Junge Bewegung → Die „Junge Bewegung“ ist eine Tarnaktion der Identitären Bewegung und nimmt Bezug auf einen kritischen Fernsehkrimi über die Identitäre Bewegung.

Bienenguerilla → Versuch der NPD sich als Tierschutzpartei zu inszenieren.

Schuelersprecher.info → Mit diesem Kampagnen-Namen wirbt die NPD rund um Schulen – auch in Hessen.

Schutzzone → NPD-Kampagne, bei der Mitglieder der Partei mit Warnwesten durch die Straßen laufen und sich als Bürgerwehr inszenieren. 2019 und Anfang 2020 oft auch in Südhessen.



Reconquista,
„Der große Austausch“,
defend europe



ZOG,
NWO,
GNLS

38, C18,
28, HFFH

IfS, Antaios,
Sezession,
Compact,
einprozent



18,
88, 14,
1488

HH, WAW
HKNKRZ

Die "Neue Rechte" grenzt sich vorgeblich vom klassischen Rechtsextremismus ab. Daher entstanden in ihren Reihen eigene Gruppierungen und Codes.

Lambda-Symbol = Logo der Identitären Bewegung.

Reconquista = Chiffre für antimuslimischen Rassismus → nimmt Bezug auf die Ausdehnung des Christentums in Spanien und Portugal.

Der große Austausch = Ausweichbegriff zum klassisch rechtsextremen Begriff des "Volkstod". Behauptet wird, dass Bevölkerungsgruppen ersetzt würden.

defend europe = Name einer Kampagne der Identitären Bewegung gegen Seenotrettung von geflüchteten Menschen.

Einige Institutionen und Medien der "Neuen Rechten":

IfS = Institut für Staatspolitik → richtet rechtsextreme Veranstaltungen und Kongresse aus.

Antaios = Buchverlag des IfS
Sezession = Zeitschrift des IfS

Compact = Rechtspopulistisches Wochenmagazin

einprozent → sammelt Spenden und finanziert Aktionen im Lager der "Neuen Rechten"

Flaggen sind der Inbegriff für nationale Symbolik. Kein Wunder, dass sie im Rechtsextremismus kultisch verehrt werden. Oft drückt sich dies jedoch nicht in der BRD-Flagge aus.

Wirmer-Flagge → Die nach ihrem Erfinder benannte "Wirmer"-Flagge war als Flagge Deutschlands nach einem erfolgreichen Putsch gegen Adolf Hitler vorgesehen. Im Zuge der PEGIDA-Demonstrationen wurde sie zu einem Symbol extrem rechter Demonstrant*innen. Die Nachfahren des Erfinders grenzten sich von der Instrumentalisierung der Flagge bei extrem rechten Protesten ab.

Umgekehrte BRD-Flagge → Versehen oder Absicht? Eine verkehrt herum gehisste Deutschlandfahne gilt als Chiffre der Reichsbürger*innen-Szene.

Reichkriegsflagge/ Reichsflagge → Solche Flaggen sieht man immer wieder auf rechtsextremen Demonstrationen.

Da die Hakenkreuzfahne verboten ist, nutzt die Szene die Fahnen des Deutschen Reichs.
Kekistan → Sieht man vor allem im Netz: Das fiktive Reich "Kekistan" gilt als "Heimat" der "Shitposter".

Rechtsextreme Troll-Accounts (Troll: Internetnutzer mit absichtlich destruktiver Gesprächsführung) bezeichnen sich selbst auf diese Weise.

Mit Zahlen- und Buchstaben-codes drücken Rechts-extremist*innen ihre Gesinnung aus.

HH/88 = Heil Hitler

WAW = Weißer Arischer Widerstand

HKNKRZ = Hakenkreuz

ZOG = "Zionist Occupied Government" → Antisemitische Behauptung einer jüdisch gesteuerten Regierung.

NWO = Neue Weltordnung → antisemitische und verschwörungsideologische Behauptung einer Weltverschwörung.

14 = 14 Words → Bezug auf ein rassistisches „Glaubensbekenntnis“, das aus 14 Wörtern besteht. Häufig in Kombi mit 88 → **1488**.

28 = Bekenntnis zum Terrornetzwerk "Blood & Honour"

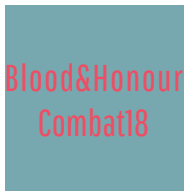
38 = Bekenntnis zum Netzwerk Hammerskins

18 = Adolf Hitler

C18 = Rechtsterroristische Organisation "Combat 18"

HFFH (auch 8668) = Grußformel der Hammerskins "Hammerskins forever, forever Hammerskins"

GNLS = Drohung gegen Linke "Good night left side"



Sympathisant*innen des rechtsextremen Terrorismus organisieren sich in eigenen Netzwerken und haben eigene Codes.

Blood&Honour → Ist ein weltweites organisiertes militantes rechtsextremes Netzwerk. Die Struktur finanziert sich unter anderem durch die Organisation von Festivals und den Vertrieb von Rechtsrock-Musik. "Blood&Honour" ist in Deutschland verboten, agiert jedoch im Untergrund weiterhin. Das Logo der Organisation ist ebenfalls verboten.

Combat 18= Übersetzt ungefähr: "Kampfgruppe Adolf Hitler" → Gilt als der "bewaffnete Arm" von "Blood&Honour". Wurde in Deutschland nach dem Mord an Walter Lübcke verboten.

Hammerskins → Weiteres internationales Netzwerk von militanten Rechtsextremist*innen

Freiheit für Wolle → "Wolle" steht für Ralf Wohlleben, verurteiltes Mitglied des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)

"White Power"-Geste → Gilt als Symbol für rassistischen Terror, seitdem der Attentäter von Neuseeland die Geste zeigte. Ist nahezu identisch mit der „Okay“-Geste. Der politische Bezug wird daher häufig geleugnet.

Rechte Modelabels gelten sowohl als Erkennungszeichen in der Szene, als auch als Einnahmequelle für die Aktivitäten von rechten Organisationen. Wegen der Vielzahl solcher Marken, kann hier nur eine Auswahl gezeigt werden.

Ansgar Aryan ist die Neonazi-Marke eines bekannten Aktivisten der rechten Szene. Das Design enthält meistens Anspielungen auf NS-Symbolik oder Runen.

Thor Steinar ist wohl die bekanntest Neonazi-Marke. In vielen Fußballstadien ist das Tragen der Marke verboten. "Thor Steinar" verwendet verschiedene Logos auf ihrer Kleidung. Das am häufigsten verwendete Logo ist eine Kombination aus Runen, das einer horizontalen Wolfsangel ähnelt.

Phalanx Europa ist eine Marke, die eng mit der "Identitären Bewegung" verknüpft ist. Die meiste Kleidung hat dementsprechend Aufdrucke mit Bezügen zu neurechter Propaganda.

Perpetie ist eine neurechte Marke eines Lokalpolitikers der AfD. Auf seiner Webseite bewirbt das Unternehmen seine Kleidung mit Fotos, auf denen Björn Höcke oder der rechte Rapper Chris Ares posieren.

Die extreme Rechte nutzt zur Verbreitung ihres Gedankenguts das Netz und entwickelte auch dort Styles und Codes.

Pepe the frog (Pepe der Frosch) war eine an sich unpolitische Comicfigur, die für Memes im Internet genutzt wurde. Ab 2016 adaptierte die amerikanische Alt-Right-Bewegung sie, um extrem rechte, rassistische und antisemitische Memes zu produzieren.

Happy Merchant ist eine antisemitische Karikatur, die starke Verbreitung als Meme in rechten Internetforen findet. Die Karikatur erinnert an die Darstellung von Juden in der NS-Propaganda.

Das Logo von **Reconquista Germanica**, einer rechten Trollarmee, die vor allem im Bundestagswahlkampf 2017 aktiv war. Das Logo ist lose an das Christusmonogramm angelehnt..

4chan ist ein sogenanntes Imageboard. Vor allem das Unterforum der Seite /pol/ ist eine beliebte Kommunikationsplattform für die extreme Rechte. Auf 4chan werden rassistische, sexistische und antisemitische Memes geteilt und zu Aktionen gegen politisch Andersdenkende aufgerufen.



Zu den verbotenen Symbolen gehören zahlreiche Symbole aus der NS-Zeit, wie beispielsweise das Hakenkreuz und Symbole von verbotenen Neonazi-Organisationen. Das verwenden dieser Symbole ist strafbar. Die Verbote gelten allerdings nicht für die Verwendungen im Kontext der Wissenschaft und Lehre, der Kunst oder der staatsbürgerlichen Aufklärung.

Sigrune/SS-Zeichen: Die Sigrune und vor allem die doppelte Sigrune, als Symbol der SS, ist nach dem Hakenkreuz das bekannteste Symbol des NS-Regimes. Sie ist sowohl einzeln als auch doppelt verwendet verboten.

Der **SS-Totenkopf** war das Symbol der SS-Totenkopfverbände, die unter anderem für die Bewachung der Konzentrationslager zuständig waren.

Die Symbole der im Januar 2020 verbotenen rechtsterroristischen Gruppierung "Combat18". Symbol von "Combat 18" ist ein weißer Drache sowie die Abkürzung "C18". Diese Symbole und Abkürzungen dürfen nach dem Verbot nicht mehr verwendet werden. Das gilt auch für das Motto der Gruppe: "Brüder schweigen – whatever it takes"

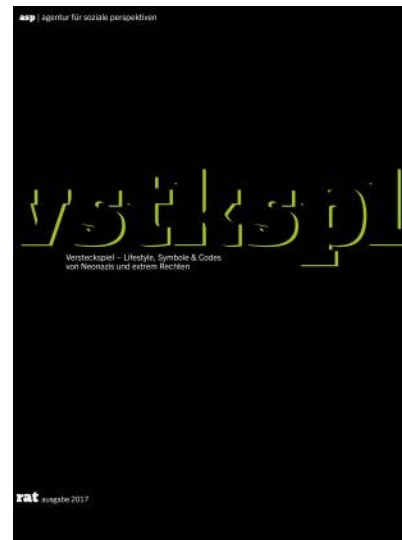
Weitere Symbole sind nicht oder nur in Zusammenhang mit bestimmten Organisationen oder Kontexten verboten.

Die **Wolfsangel** ist im rechts-extremen Kontext verboten. Einige Städte haben allerdings eine Wolfsangel in ihrem Stadtwappen, zum Beispiel der Frankfurter Stadtteil Bornheim. Auch die Bundeswehr verwendet die Wolfsangel als Abzeichen.

Die **Schwarze Sonne** ist ein beliebtes Symbol bei Neonazis. Da es nicht verboten ist, wird es häufig als Ersatzsymbol für das verbotene Hakenkreuz verwendet.

Schwert und Hammer → Symbol des "nationalrevolutionären" Flügels der NSDAP. Heute wird es von neonazistischen Organisationen verwendet, wie beispielsweise von der NPD-Jugendorganisation.

Die **Triskele** → altes keltisches Symbol. In diesem Kontext meistens in gerundeter Form. In eckiger Form erinnert es an ein dreigliedriges Hakenkreuz und ist deshalb bei Neonazis beliebt. Das Symbol wurde auch von dem verbotenen Netzwerk "Blood and Honour" verwendet und ist in diesem Kontext verboten.



Links für weitere Infos

Die Symbolik der rechten Szene kann auf diesen Seiten nur in Ansätzen dargestellt werden. Für umfassendere Informationen, hier einige Empfehlungen:

→ Eine Zusammenstellung von rechter Symbolik und Kleidung auf der Seite des "Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit in NRW":

www.ida-nrw.de/themen/rechtsextremismus/symbolik

→ Die Broschüre "Das Versteckspiel" zu Symbolen, Codes und Begriffen: dasversteckspiel.de

→ Für eine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema kann das Buch "Extreme Gone Mainstream: Commercialization and Far Right Youth Culture in Germany" von Cynthia Miller-Idriss empfohlen werden.

3.7.



Chronik gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Heusenstamm und Südhessen

info

Über diese Chronik:

Diese Chronik stützt sich auf die Ergebnisse des Monitorings von Vorfällen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Land Hessen. Das Monitoring wird im Auftrag des Landesdemokratiezentrums Hessen vom Büro **achtsegel** durchgeführt und in Form eines Berichts alle zwei Monate veröffentlicht. Die Quellen des Monitorings sind: Presseartikel und Rechercheberichte, Polizeimeldungen, amtliche Veröffentlichungen wie parlamentarische Protokolle und Anfragen. Außerdem führt das Büro eigene Recherchen im Netz und bei Bedarf vor Ort durch. Zusätzlich können Bürger*innen eigene Beobachtungen an die Monitoring-Redaktion weitergeben.

Durch diesen Mix aus eigenen Recherchen und öffentlich zugänglichen Quellen entsteht ein sogenanntes Hellfeld über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus in Hessen. Hellfeld bedeutet, dass es gleichzeitig ein Dunkelfeld an nicht bekannten Vorfällen mit entsprechendem Hintergrund gibt. Für diese Chronik hat das Büro achtsegel exemplarisch einige Vorfälle in Südhessen aus den Jahren 2019 und 2020 ausgewählt.

aktiv
werden!

Vorfälle melden:

Die Monitoring-Berichte des Landesdemokratiezentrums Hessens erheben den Anspruch, so umfassend wie möglich über Vorfälle gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Aktivitäten zu berichten. Dazu können Sie beitragen, indem Sie eigene Beobachtungen melden. Dies geht bequem und formlos per E-Mail an:

[monitoring@
beratungsnetzwerk-hessen.de](mailto:monitoring@beratungsnetzwerk-hessen.de)

**Lisengericht
Ober-Ramstadt**

10.01.2019-08.02.2019: Vor dem Landgericht Halle begann am 10. Januar 2019 der Prozess gegen Carsten M. aus Lisengericht (Main-Kinzig-Kreis) und Martina H. aus Ober-Ramstadt (Darmstadt-Dieburg) wegen schwerer Körperverletzung. Beide sind Mitglieder der gewaltbereiten rechten "Kameradschaft Aryans". Sie sollen am Rande einer Neonazi-Demonstration am 1. Mai 2017 in Halle an einem Angriff auf Gegendemonstrant*innen und Passant*innen beteiligt gewesen sein. Bei dem Prozess stellte sich heraus, dass Martina H. per WhatsApp einen Polizisten aus Osthessen um die Weitergabe von Daten aus dem Melderegister bat. Dieser kam der Bitte offenbar nach. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt hat Anklage gegen den Polizisten erhoben wegen Verdachts auf Geheimnisverrat. Am 8. Februar 2019 wurde das Urteil verkündet. Carsten M. wurde zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt, Martina H. aus Ober-Ramstadt zu einem Jahr und zwei Wochen auf Bewährung. Der Polizist wurde am 21. März 2019 vom Amtsgericht Dieburg wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses in zwei Fällen zu einer Geldstrafe verurteilt (Speit 2019).

Die "Kameradschaft Aryans" ist eine Neonazi-Kameradschaft mit Mitgliedern aus Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt (Deutscher Bundestag 2017: 13). Bekannt wurde sie vor allem durch einen sehr gewalttätigen Überfall 2017 am Rande einer Demonstration von "Die Rechte" in Halle. Der Kameradschaft gehören unter anderem Neonazis aus dem Main-Kinzig-Kreis, aus Offenbach sowie aus der Umgegend von Mainz und Aschaffenburg an. Die Bundesanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung gegen die Kameradschaft.

Schlüchtern

27.01.2019: Am 27. Januar 2019, dem Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust, haben zwei Polizisten aus Schlüchtern (Main-Kinzig-Kreis) die Flaggen an ihrer Polizeiwache verkehrt herum gehisst. In der rechten Reichsbürger*innen-Bewegung werde laut Expert*innen die auf dem Kopf stehende Flagge häufig verwendet (Teusch 2019).

Nieder-Ramstadt

09.02.2019: Die Polizei verhinderte am 9. Februar 2019 ein Konzert eines rechten Liedermachers in einer Waldhütte bei Nieder-Ramstadt (Darmstadt-Dieburg). CDs mit indizierten Liedern, zwei Messer und Aufkleber wurden beschlagnahmt. 32 Personen waren bei dem Konzert anwesend (FNP 2019).

Hanau

11.02.2019: Die NPD führte eine sogenannte „Schutzzonen“-Aktion in Hanau durch. Seit Ende 2018 organisierte die NPD immer wieder Aktionen im Rahmen ihrer „Schutzzonen“-Kampagne. Dabei kleideten sich mehrere Anhänger*innen mit roten Warnwesten und liefen durch verschiedene Städte. Das Ganze wurde als eine Art Bürgerwehr inszeniert. Tatsächlich scheint die Kampagne hauptsächlich darauf abzuzielen, die parteieigenen Social-Media-Kanäle zu bespielen. In Südhessen führte die NPD immer wieder Schutzzonen-Aktionen in Hanau und Offenbach durch, vor allem im Vorfeld der Europawahl 2019.

März 2019

Heusenstamm 01.03.2019: Anklage wegen Volksverhetzung gegen AfD-Politiker Carsten Härle aus Heusenstamm. Unabhängig von der Anzeige fällt Härle in sozialen Netzwerken immer wieder mit extrem rechten Inhalten auf.

April 2019

Michelstadt 11.04.2019: Synagoge in Michelstadt (Odenwaldkreis) wird mit Nazi-Symbolen beschmiert.

Darmstadt 11.04.2019: Ein 46-jähriger Mann wird nach dem Rufen von Naziparolen am Bahnhof in Darmstadt verhaftet.

Hofheim 12.04.2019: Das Bündnis "Main-Taunus – Deine Stimme gegen Rechts" untersagte als Veranstalter einer Informationsveranstaltung über die "Identitäre Bewegung" mit einer österreichischen Expertin am 12. April 2019 in Hofheim (Main-Taunus-Kreis) drei Personen den Zutritt, da sie der "Identitären Bewegung" zugeordnet wurden. Nach der Veranstaltung wurde festgestellt, dass im Umfeld auf Wänden und Autos zahlreiche Sticker der „Identitären Bewegung“ angebracht worden waren.

Hanau 24.04.2019: Am 24. April 2019 ging eine Bombendrohung beim Amtsgericht Hanau ein. Das Gericht wurde evakuiert, allerdings wurden keine verdächtigen Gegenstände gefunden. Eine Serie von extrem rechten Mails mit Bombendrohungen ging Anfang 2019 bundesweit an öffentliche Einrichtungen und Privatleute (Haschnik 2019a).

Mai 2019

Wächtersbach 16.05.2019: Eine 68-Jährige AfD-Wahlhelferin verteilte am 16. Mai 2019 in Wächtersbach (Main-Kinzig-Kreis) in einer Wohnstraße Wahlinformationen für die AfD zur Europawahl. Als sie diese auch in den Briefkasten eines 41-Jährigen warf, holte der sie wieder heraus und lief der Frau hinterher, um ihr den Flyer zurückzugeben. Es kam zu einem Wortgefecht, in dessen Verlauf die AfD-Wahlhelferin den Mann als "Scheiß-Türken", "Terroristen" und "Sozial-Schmarotzer" beleidigte. Die 68-Jährige wurde vor dem Amtsgericht Gelnhausen zu einer Geldstrafe von 480 Euro wegen Beleidigung verurteilt. Einem Zeugen, der über den Vorfall vor Gericht ausgesagt hat, soll die 68-Jährige im Vorfeld des Prozesses gedroht haben (Fuldaer Zeitung 2020).

Bad Schwalbach 31.05.2019 – 01.06.2019: Rechte Schmierereien an Geflüchtetenunterkunft in Bad Schwalbach (Rheingau-Taunus-Kreis).

Juni 2019

Lampertheim 12.06.2019-13.06.2019: Hakenkreuz an Schule in Lampertheim (Kreis Bergstraße) gesprüht.

Langen 26.06.2019: Ein 48-Jähriger rief am Bahnhofsvorplatz in Langen (Landkreis Offenbach) rassistische Sprüche und beleidigte eine Passantin rassistisch.

Juli 2019

14.07.2019: Die Kampagne „Schwarze Kreuze“ veröffentlichte am 14. Juli 2019 auf ihrem Blog einen Beitrag, der ein Foto mit einem schwarzen Kreuz zeigt, welches an einem Straßenschild der B 519 angebracht wurde. Betitelt ist der Beitrag mit „Frankfurt“. Tatsächlich deuten die Ortsnamen auf dem Schild jedoch darauf hin, dass die Aktion in Hofheim (Main-Taunus-Kreis) stattfand. Die Kampagne wird seit einigen Jahren von Anhänger*innen der rechten Szene durchgeführt. Sie thematisiert angebliche Gewaltverbrechen von Migrant*innen und nutzt dazu unter anderem den rassistischen Slogan „Migration tötet“. Auf dem angebrachten Kreuz in Hofheim stand die Parole „Volkstod stoppen“ (Schwarze Kreuze 2019).

Hofheim

22.07.2019: Am 22. Juli 2019 versuchte der 55-Jährige Roland K. in Wächtersbach (Main-Kinzig-Kreis) den 26-jährigen Eritreer Bilal M. zu erschießen. Das Opfer wurde durch einen Bauchschuss lebensgefährlich verletzt. Das Tatmotiv war Rassismus. Der Täter beging später Suizid (mehr zu den Hintergründen der Tat in Kapitel 2.1.).

Wächtersbach

August 2019

24.08.2019: Zwei Männer im Alter von 27 und 28 Jahren sollen am 24. August 2019 in Hanau zwei andere Männer zunächst rassistisch beleidigt und anschließend eine Schreckschusswaffe vorgezeigt und die Männer mit einem Holzstock geschlagen haben (Hanauer Zeitung 2019).

Hanau

29.08.2019: Laut einem Bericht der „Hessenschau“ ermittelt die Frankfurter Staatsanwaltschaft gegen einen Polizisten aus Mühlheim, der dort Dienstgruppenleiter ist. Er soll in einer polizeiinternen Chatgruppe Bilder mit rechtsextremen Inhalten verschickt haben (Majić 2019).

Mühlheim

September 2019

August-Oktober: Die Gruppe „Seligenstadt ist bunt genug“ hielt zwischen Ende August und Anfang Oktober 2019 regelmäßig Kundgebungen auf dem Seligenstädter Marktplatz ab, die sich gegen die dort zeitgleich stattfindende Mahnwachen der Initiative „Seebrücke“ richteten. Zu Hochzeiten schlossen sich rund 90 Personen der rechten Kundgebung an (mehr zu den Hintergründen in Kapitel 3.3.).

Seligenstadt

06.09.2019: Zwei ehemalige Kreisvorstände des AfD-Kreisverbandes Darmstadt-Dieburg erheben schwere Vorwürfe gegen den Kreisvorsitzenden Sascha L. Dieser habe unter anderem eine Chatgruppe moderiert, in der mehrmals geschichtsrevisionistische und rassistische Äußerungen getätigt wurden. L. bestreitet dies. Dem „Darmstädter Echo“ liegen Screenshots aus der Chatgruppe vor (Bach 2019).

Darmstadt-Dieburg

04.09.2019-05.09.2019: Am 5. September 2019 wurde ein 54-jähriger Mann festgenommen. Er hatte aus einem Auto heraus mit einer Zwillie auf Passant*innen geschossen, die er nach rassistischen Kriterien auswählte. In der Nacht zum 4. September 2019 soll er einen 25-jährigen Syrer mit einer Metallkugel am Kopf verletzt haben. Am 5. September gegen 12:30 Uhr beobachtete eine Zeugin, wie ein Mann aus einem Auto heraus mit einer Schleuder auf zwei Frauen geschossen habe. Beide Taten fanden am Busbahnhof Taunusstein-Hahn (Rheingau-Taunus-Kreis) statt (Hessenschau 2019).

Taunusstein

Oktober 2019

Offenbach

25.10.2019/26.10.2019: Die rechtspopulistische Gruppierung „Bürgerbewegung Pax Europa“ hielt am 25. Oktober 2019 auf dem Offenbacher Aliceplatz und am 26. Oktober auf dem Frankfurter Rathenauplatz jeweils von 12 bis 19 Uhr eine Kundgebung zum „politischen Islam“ ab. Hauptredner war der rechtspopulistische Aktivist Michael Stürzenberger. In Offenbach waren schätzungsweise 50 Personen bei der Kundgebung anwesend, die meisten davon Gegendemonstrant*innen. Bei der Kundgebung in Frankfurt waren eine Handvoll Unterstützer*innen und gut drei Dutzend Gegendemonstrant*innen präsent (Scheuermann 2019).

Langen

30.10.2019: Am 30. Oktober 2019 wurde ein 52-Jähriger vom Amtsgericht Langen zu einer Strafe von 8.400 Euro verurteilt. Er war angeklagt, weil er in Reichsbürger*innen-Manier einer Gerichtsvollzieherin gedroht hatte. In einem Schreiben an die Gerichtsvollzieherin hatte er die Rechtmäßigkeit des Verfahrens und die Zuständigkeit der Vollzugsbeamtin infrage gestellt. Er forderte die Vorlage einer „Gründungsurkunde des Landes Hessen“ ein und kündigte der Gerichtsvollzieherin an, sie privat auf eine Strafzahlung in Höhe von 500.000 Euro verklagen zu wollen (Borchard 2019).

November 2019

Hanau

15.11.2019: Auftritt des Brandenburger AfD-Vorsitzenden Andreas Kalbitz in Hanau bei einer Parteiveranstaltung zum Thema „Nach den Wahlen im Osten“.

Heppenheim

19.11.2019: Nazi-Symbole und ein Davidstern auf die Trauerhalle des Wald-Erlenbacher Friedhofs in Heppenheim (Kreis Bergstraße) gesprüht.

Dezember 2019

Hanau

22.12.2019: Am 22. Dezember 2019 wurde die Hanauer SPD-Stadtverordnete Selma Yilmaz Ilkhan rassistisch beleidigt und bedroht. Auf dem Marktplatz in Hanau begegnete sie einem Mann, der sie verbal angriff – sie solle sich mit ihrem „schieß Kopftuch“ in „ihr“ Land „verpissen“. Sonst werde er ihr „eins in die Fresse knallen“. Yilmaz Ilkhan verständigte sofort die Polizei und zeigte den Verdächtigen wegen Beleidigung an. Die Polizei konnte den Verdächtigen noch am Tatort antreffen (Haschnik 2019b).

Biebergemünd

31.12.2019: Ein 24-Jähriger aus Biebergemünd gerät zunächst kurz vor Mitternacht mit mehreren Passant*innen vor einer Gaststätte in Darmstadt in Streit. Anschließend, berichtet die Polizei, habe er eine Schreckschusswaffe gezogen und mit dieser einem 23 Jahre alten Darmstädter unvermittelt auf den Kopf geschlagen. Er soll dabei auch den Hitlergruß gezeigt haben (Horneff 2019).

Januar 2020

Seligenstadt

20.01.2020–21.01.2020: Hakenkreuz im Eingangsbereich einer Grundschule in Seligenstadt (Landkreis Offenbach) gesprüht.

Viernheim

22.01.2020: Am 22. Januar 2020 wurde ein 68-jähriger Mann aus Viernheim (Kreis Bergstraße) festgenommen. Er hatte über mehrere Monate hinweg islamfeindliche Parolen auf leere Katzenfutterdosen geschrieben und diese im öffentlichen Raum platziert (Hessenschau 2020b).

Februar 2020

14.02.2020: Der Bundeswehroffizier Franco A. wurde beim Neujahrsempfang der Offenbacher Grünen unter den rund 300 Anwesenden im Ledermuseum gesehen. A. wird in diesem Jahr wegen des Verdachts auf Vorbereitung eines rechten Terroranschlags am Oberlandesgericht Frankfurt der Prozess gemacht (Scheuermann 2020).

Offenbach

19.02.2020: Bei einem rechtsterroristischen Anschlag in Hanau wurden zehn Menschen ermordet. Tobias R. erschoss neun Menschen vor und in einer Shisha-Bar in der Hanauer Innenstadt und einem Kiosk im Stadtteil Kesselstadt. Anschließend erschoss der Täter in seiner Wohnung seine Mutter und sich selbst. Die Opfer an den ersten beiden Tatorten wurden von R. nach rassistischen Kriterien ausgesucht (mehr zu den Hintergründen der Tat in Kapitel 2.1.).

Hanau

19.02.2020: Maskierter Mann bedroht in Heppenheim (Kreis Bergstraße) einen 39-Jährigen mit einem Baseballschläger und beleidigt ihn rassistisch. Den Angaben des Opfers zufolge hatte sich ein ähnlicher Vorfall bereits sechs Wochen zuvor ereignet (SZ 2020).

Heppenheim

März 2020

08.03.2020: Unter dem Motto „Quo Vadis AfD“ fand ein Treffen von etwa 50 AfD-Politiker*innen in Obertshausen (Landkreis Offenbach) statt. Insbesondere Personen, die wegen rechtsextremer Ansichten ihrer Ämter enthoben oder aus der Partei ausgeschlossen wurden oder werden sollen nahmen an dem Treffen teil. Unter den Anwesenden waren die ehemalige AfD-Vorsitzende in Schleswig-Holstein Doris von Sayn-Wittgenstein, der ehemalige AfD-Vorsitzende in Sachsen-Anhalt André Poggenburg sowie die baden-württembergischen AfD-Landtagsabgeordneten Stefan Räßle und Wolfgang Gedeon. Anwesend waren außerdem der Heusenstammer Carsten Härle und die ehemalige Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Dachau/Fürstenfeldbruck, Linda Amon. Die hessische AfD hatte ihren Mitgliedern und Fördernden in einem Rundschreiben am 6. März 2020 von einer Teilnahme an dem Treffen abgeraten. Das Treffen fand in einem indischen Restaurant auf dem Gelände des „TV 1873 Hausen“ statt. Der Pächter und der Verein wurden nach Aussage ihres Vorsitzenden über den Zweck der Veranstaltung getäuscht und fühlten sich von den Veranstalter*innen „hinterlistig überrumpelt“ (Hessenschau 2020c).

Obertshausen

11.03.2020: Behörde verbietet mutmaßlichem Reichsbürger aus dem Landkreis Offenbach den Waffenbesitz.

Landkreis
Offenbach

April 2020

10.04.2020-11.04.2020: In der Nacht vom 10. auf den 11. April 2020 wurden die Scheiben der „Arena Bar & Café“ durch Unbekannte mit Pflastersteinen zerstört. Das Lokal war der zweite Tatort des Terroranschlags vom 19. Februar in Hanau (Haschnik 2020b).

Hanau

Kapitel 4 Aktiv werden!

Was können wir gegen Rassismus und Rechtsextremismus unternehmen? Präventiv und wenn Menschenfeindlichkeit unmittelbar auftritt? Welche Stellen unterstützen und beraten? Dieses Kapitel informiert:





Ideen

Strategien

Tipps

Kontakte

4.1.

aktiv werden!

Prävention

Prävention heißt: In die Gesellschaft einwirken, noch bevor etwas passiert ist.



Stimmen von Betroffenen stärken

Im öffentlichen Diskurs sind verschiedene Gruppen und Themen unterrepräsentiert. Dies betrifft in besonderem Maße auch Gruppen, die von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus betroffen sind. Insbesondere gesellschaftliche Minderheiten wie Homosexuelle, Zugewanderte, geflüchtete Menschen, Angehörige nicht-christlicher Glaubensgemeinschaften, Menschen mit niedriger formaler Bildung oder Menschen mit Behinderung haben es schwer, ihre Positionen in öffentliche Diskurse einzubringen. Hauptursache dafür sind fehlende Netzwerke und Zugänge zu Multiplikator*innen der öffentlichen Meinungsbildung. Viele der genannten Gruppen sind beispielsweise in der Politik oder unter Medienschaffenden unterrepräsentiert.

Dass die Stimmen dieser Gruppen so oft ungehört bleiben hat Folgen: Ihre Perspektive wird nicht wahrgenommen oder nur durch Dritte wiedergegeben. Dadurch haben rechte Strukturen leichtes Spiel und können Klischees, Ressentiments und Vorurteile über diese Gruppen in die Welt setzen, die viel zu selten widerlegt werden.

Die Partnerschaften für Demokratie in Südhessen unterstützen daher Projekte, die die Perspektive von Betroffenen-Gruppen in das Zentrum setzen. Auch Kooperationsprojekte, die einen Austausch zwischen verschiedenen Gruppen fördern und stärken, können durch die Partnerschaften für Demokratie unterstützt werden.

Aufklären

Rechtsextreme Strukturen sind heute nicht mehr auf den ersten Blick zu erkennen. Die Zeiten, in denen Kameradschaften mit Springerstiefeln und Bomberjacken durch die Straßen marschierten, sind lange vorbei. Heutzutage sind viele rechtsextreme oder rechtspopulistische Positionen bis in die sogenannte Mitte der Gesellschaft hinein anzutreffen.

Notwendig ist daher eine kontinuierliche Aufklärung über die Phänomene Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Auch Sie können zu dieser Aufklärung einen Beitrag leisten. Beispielsweise, indem Sie eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Workshops, Podiumsdiskussionen, Lesungen, Filmvorführungen etc. zum Thema durchführen. Thematisch findet fast jede Organisation einen Anknüpfungspunkt, um das Thema zu bearbeiten, denn Gruppierungen der extremen Rechten ködern neue Anhänger*innen bewusst, indem sie an Alltagsthemen anknüpfen. Das bedeutet, dass sich beispielsweise auch Organisationen, die sich mit Umwelt- und Tierschutz beschäftigen oder in erster Linie kulturelle Veranstaltungen durchführen, mit rechtspopulistischen oder rechtsextremen Andockversuchen beschäftigen sollten.

Unterstützung bei der Planung, Organisation und vor allem der Finanzierung von entsprechenden Veranstaltungen erhalten Sie bei den Partnerschaften für Demokratie in Südhessen. Dort können übrigens nicht nur Organisationen



wie eingetragene Vereine, sondern auch Institutionen und Einzelpersonen Anträge stellen. Sollten Sie also beispielsweise in ihrem Freundeskreis erwägen, eine öffentliche Veranstaltung zum Thema zu organisieren, können Sie sich ebenfalls an die Partnerschaften für Demokratie wenden.

Bündnisse schmieden

Rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte arbeiten an einer Spaltung der Gesellschaft. Sie setzen darauf, Gruppen, Organisationen und Institutionen, die von ihnen angegriffen werden, zu isolieren. Die beste Reaktion auf diese Versuche ist Prävention: Das proaktive Schmieden von Bündnissen zwischen verschiedenen Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen. Starke Bündnisse auf lokaler Ebene, in denen man einander kennt und vertraut, ermöglichen schnelle Solidarität zwischen Betroffenen von menschenfeindlichen Kampagnen. Je breiter diese Bündnisse aufgestellt sind, desto besser. Die Neugründung lokaler Bündnisse gegen Rechts erfordert viel Engagement und Zeit. Dabei müssen mitunter auch Konflikte und Berührungspunkte abgebaut werden (Amadeu Antonio Stiftung 2018).

Verschiedene Stellen im Landkreis Offenbach und in Hessen können Organisationen und Einzelpersonen, die neue Bündnisse gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit initiieren wollen, unterstützen. Die Partnerschaften für Demokratie in Südhessen können Sie beispielsweise bei der Organisation von Austauschtreffen und Fachtagen begleiten. Das Beratungsnetzwerk Hessen kann Sie dabei unterstützen, entsprechende Prozesse zu planen und zu moderieren.

Ideen für Heusenstamm?

Sprechen Sie uns an:

**Partnerschaft für
Demokratie Heusenstamm**
AWO Kreisverband Offenbach
Land e.V.
Borsigstraße 6, Eingang B
63150 Heusenstamm
Telefon: 0162 7922633
E-Mail: sarah.fey@awo-of-land.de

**aktiv
werden!**

„Heusenstamm gegen rechts“ sind Menschen, die sich gegen rechte Einstellungen positionieren/aufstehen/aktiv werden. Kontakt zu dem Bündnis ist über Facebook möglich:

[www.facebook.com/
groups/240420190161605](https://www.facebook.com/groups/240420190161605)

Wenn Sie selbst betroffen sind:**Versuchen Sie der Situation zu entkommen:**

Ihre Sicherheit hat oberste Priorität. Sie können im Moment eines Angriffs, auch wenn dieser zunächst „nur“ verbal erfolgt, nicht einschätzen, wie die Situation ausgeht. Sie können die Motive der Täter*innen allenfalls erahnen und wissen nicht, wie weit die Angreifenden gehen werden. Daher ist es ratsam, sich möglichst schnell in Sicherheit zu bringen: Versuchen Sie sich in eine Position zu bringen, die Fluchtwege ermöglicht und nutzen Sie diese umgehend.

Aufmerksamkeit erregen:

Je mehr Zeug*innen den Vorfall beobachten, desto wahrscheinlicher werden die Täter*innen von ihnen ablassen. Außerdem können Zeug*innen wichtige Beiträge zur späteren Aufklärung des Tathergangs leisten. Seien Sie deshalb laut, wenn Sie angegriffen werden. Sprechen Sie umstehende Personen möglichst direkt an und versuchen Sie lautstark mitzuteilen, was Ihnen gerade passiert.

Polizei verständigen:

Wenn Sie die Möglichkeit haben, verständigen Sie die Polizei. Auch wenn Sie bislang überwiegend schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben, ist die Verständigung der Polizei das wirksamste Mittel, um eine Gewalteskalation zu verhindern.

Vorsicht mit Anfertigung von Bild- und Filmaufnahmen:

Fast jede*r hat heutzutage ein Smartphone griffbereit, mit dem Foto- und Videoaufnahmen gemacht werden können. Die Versuchung ist groß, bei rassistischen oder rechten Angriffen die Situation zu dokumentieren und insbesondere die Täter*innen abzufilmen. Dies kann jedoch gefährlich sein: Erstens lenkt der Fokus auf die Anfertigung von Filmaufnahmen Sie von wichtigeren Maßnahmen

ab, beispielsweise den Überblick zu behalten und sich Fluchtwege offenzuhalten. Zudem können sich Täter*innen durch die Aufnahmen enorm bedroht fühlen und aufgrund der Aufnahmen eine Eskalation herbeiführen, die sie ursprünglich nicht beabsichtigt hatten. Oft sind solche unter dem Stress einer akuten Bedrohung aufgenommen Videos übrigens keine besonders guten Beweise für den Ablauf einer Tat. Zeug*innen, die Sie auf sich aufmerksam machen können, und das möglichst genaue Einprägen von Tathergang und Details helfen oft mehr als verwackelte Videos.

Gedächtnisprotokoll schreiben:

Zwischen einem rechten Übergriff und der juristischen Aufarbeitung des Falls können mehrere Monate liegen. Oft gehen in dieser Zeit Erinnerungen verloren oder sie werden, beispielsweise durch Gespräche, die man mit Dritten über die Situation geführt hat, verfremdet. Versuchen Sie daher zeitnah ein Gedächtnisprotokoll zu schreiben. Dieses sollte möglichst genau sein. Schreiben Sie auch Erinnerungen auf, die für die eigentliche Tat nicht relevant sind (beispielsweise die Farbe eines Autos, das während der Tat vorbeifuhr). Ebenso sollten Sie aufschreiben, wie Sie sich während der Tat gefühlt haben (Back-Up NRW 2019).

Verletzungen und Schäden dokumentieren:

Wenn im Zusammenhang mit der Tat Gewalt gegen Sie ausgeübt wurde, suchen Sie möglichst zeitnah eine*n Ärztin*Arzt auf. Erzählen Sie dort, was Ihnen passiert ist und lassen Sie alle Verletzungen, aber auch Symptome wie Kopfschmerzen, attestieren.

Wenn Gegenstände, die ihnen gehören, bei dem Angriff beschädigt wurden, beispielsweise eine Brille, dann dokumentieren Sie möglichst zeitnah die Schäden für spätere Schadensersatzansprüche (Back-Up NRW 2019).

htsextremen Angriffen?

Wenn Sie Zeug*in eines Vorfalls werden:

Unterstützen Sie die Betroffenen:

Positionieren Sie sich laut und deutlich auf der Seite der Betroffenen. Machen Sie den Täter*innen klar, dass das Opfer nicht alleine ist. Sprechen Sie mit den Betroffenen und fragen Sie, was der*die Betroffene gerade möchte. Reden Sie mit dem*der Betroffenen. Gehen Sie nicht auf Verlautbarungen der Täter*innen ein. Erkundigen Sie sich nach dem Namen des*der Betroffenen und versuchen Sie eigene Schritte (beispielsweise Informieren der Polizei) mit dem*der Betroffenen abzustimmen. Ermutigen Sie im Nachgang der Tat den*die Betroffene, eine*n Ärztin*Arzt aufzusuchen. Erkundigen Sie sich nach dem Wohlergehen des*der Betroffenen. Dokumentieren Sie, wenn erforderlich, eventuelle Schäden am Eigentum des*der Betroffenen. Tauschen Sie, wenn der*die Betroffene das möchte, Kontaktdaten aus, damit diese*r sich zum Beispiel im Falle eines Strafverfahrens bei Ihnen melden kann.

Beobachten Sie genau und schreiben Sie ein Gedächtnisprotokoll:

Versuchen Sie sich alles, auch scheinbar nebensächliche Details, einzuprägen und schreiben Sie möglichst zeitnah ein Gedächtnisprotokoll, damit Erinnerungen nicht verlorengelassen werden. Merken Sie sich die Aussagen des Täters und dokumentieren Sie insbesondere solche, die darauf hinweisen, dass die Tat einen menschenfeindlichen Hintergrund (zum Beispiel antisemitisch, rassistisch etc.) hat. Stellen Sie sich als Zeug*in zur Verfügung: Teilen Sie dem*der Betroffenen mit, dass Sie den Vorgang beobachtet haben und bezeugen können. Falls die Polizei zum Ort des Geschehens kommt, teilen Sie den Polizist*innen ebenfalls mit, dass Sie den Vorfall beobachtet haben.

Bleiben Sie bei der*dem Betroffenen

Wenn der Vorfall vorüber ist und Sie der*die einzige Zeug*in sind, nehmen Sie nicht die Verfolgung der Täter*innen auf. Sie begeben sich in Gefahr. Bleiben Sie bei der betroffenen Person und besprechen Sie mit dieser das weitere Vorgehen/unterstützen Sie diese weiter.

Melden Sie den Vorfall zivilgesellschaftlichen Stellen:

Nicht jeder Vorfall findet Eingang in die Kriminalstatistik, zudem werden viele Vorfälle nicht als politisch motivierte Kriminalität erfasst. Zivilgesellschaftliche Beratungsstellen, beispielsweise „response“, dokumentieren Fälle, in denen Menschen von rassistischer Gewalt betroffen sind. Melden Sie dort und bei den Partnerschaften für Demokratie entsprechende Vorfälle, die Sie beobachtet haben.

In Hessen gibt es verschiedene Beratungsstellen, die Sie kostenlos bei Problemlagen im Bereich Rechtsextremismus unterstützen. Eine Auswahl dieser Stellen findet sich hier:

ADiBe Netzwerk Hessen

Das ADiBe Netzwerk Hessen berät Menschen, die aufgrund der ethnischen Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung, des Geschlechts, Lebensalters oder einer Behinderung Diskriminierung erfahren haben, beispielsweise bei der Job- oder Wohnungssuche, auf Ämtern oder in der Freizeit.

→ adibe-hessen.de

beratungsNetzwerk Hessen - gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Rechtsextreme Stimmungen an einer Schule, rassistische Stammtischparolen, Neonazis im Jugendclub, antisemitische Schmierereien – solche diskriminierenden Vorfälle gehören zum Alltag auch in vielen hessischen Kommunen. Um diese Konflikte angemessen bewältigen zu können, bietet das „beratungsNetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ professionelle Beratungshilfe an. Es berät hessenweit Betroffene, Schulen, Eltern und Familienangehörige, Kommunen, Vereine und andere Hilfesuchende in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus oder Salafismus und bietet eine breite Palette präventiver Maßnahmen an. Die Beratung ist individuell, vertraulich und kostenlos.

Mittlerweile hat das Demokratiezentrum Hessen zwei Regionalstellen: Die Regionalstelle Nord-/Osthessen beim Mobilem Beratungsteam Hessen (MBT) in Kassel und die Regionalstelle Südhessen im „Haus am Maiberg“ in Heppenheim.

Die Regionalstelle Süd des Hessischen Demokratiezentrum arbeitet vor allem in den Landkreisen Darmstadt, Groß-Gerau, Odenwald und Bergstraße in Südhessen. Sie bietet

bedarfsorientierte Beratung für Organisationen und Einzelpersonen nach Vorkommnissen mit einem rechtsextremen, antisemitischen, rassistischen oder antidemokratischen Hintergrund an. Außerdem ist sie Anlaufstelle für Fragen zur Prävention und Demokratieförderung in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Islamismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

→ haus-am-maiberg.de

→ mbt-hessen.org

Beratungsstelle Hessen von Violence Prevention Network (VPN)

Die Beratungsstelle Hessen von Violence Prevention Network wendet sich an Jugendliche, Eltern und Fachpersonal mit Fragen im Themenfeld Extremismus. Sie bietet Maßnahmen der Prävention, Intervention und Deradikalisierung als Antwort auf die allgemeine Hilflosigkeit im Umgang mit religiös begründetem Extremismus an. Die Beratungsstelle fördert die Stärkung der Toleranz von unterschiedlichen Weltansichten sowie die Früherkennung, Vermeidung und Umkehr von Radikalisierungsprozessen. Die Intervention bei beginnenden Radikalisierungsprozessen und die zielgerichtete Deradikalisierungsarbeit setzen dort an, wo Menschen einen Ausweg aus extremistischen Ideologien suchen.

→ beratungsstelle-hessen.de

IKARus Hessen

IKARus Hessen ist ein Informations- und Kompetenzzentrum und unterstützt Menschen, die in rechtsextremen Szenen aktiv sind oder mit ihnen sympathisieren und den Gedanken in sich tragen, aus dieser Szene aussteigen zu wollen. Diese Entscheidung braucht nicht

Beratungsstellen in Südhessen

nur Mut, sondern professionelle Beratung und Begleitung.

→ ikarus-hessen.de

Jetzt e.V.

Jetzt e.V. bietet Beratung, Moderationen, Kooperationen, Vernetzung, Fortbildungen, Seminare, Prozessbegleitung und Coaching an. Die Angebote richten sich an unterschiedlichste Gruppen und Einzelpersonen: Bürgermeister*innen, Kommunen, Verwaltungen, Ehrenamtliche, Lehrer*innen, Kitas, Initiativen, Eltern, Jugendeinrichtungen, Führungskräfte und Privatpersonen.

→ jetzt-ev.de

Mobile Beratung gegen rechtsextreme, rassistische oder andere menschenfeindliche Haltungen

Das mobile Interventionsteam gegen rechtsextreme, rassistische oder andere menschenfeindliche Haltungen des Beratungsnetzwerks Hessen ist angesiedelt in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main. Das mobile Beratungsteam berät Einzelpersonen, Initiativen, Kommunen, Vereine und Verbände sowie Jugend- und Bildungseinrichtungen in ihrem Engagement vor Ort in ganz Hessen.

→ bs-anne-frank.de

Beratungs- und Interventionsstelle OFEK

Die Beratungs- und Interventionsstelle OFEK bietet Beratung bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung in den Sprachen Deutsch, Englisch, Hebräisch und Russisch an. Alle Beratungsanfragen werden vertraulich und persönlich behandelt, hierbei orientiert sich OFEK an klassischen Beratungsprinzipien, um sich so spezifisch an die Bedürfnisse von Betroffenen zu richten. Die Beratungsstelle OFEK ist telefonisch bundesweit erreichbar und an den Standorten Berlin, Hessen und Baden-Württemberg mit eigenen Büros vertreten.

→ ofek-beratung.de

RAHMA e.V. - Muslimisches Zentrum für Mädchen, Frauen und Familie

RAHMA e.V. ist eine Anlauf- und Beratungsstelle für Mädchen und Frauen mit muslimischem Hintergrund und setzt sich gegen antimuslimische Diskriminierung und antimuslimischen Rassismus ein. In Fällen von Diskriminierung und Rassismus erhalten Betroffene Beratung, Unterstützung und Begleitung. Mädchen und Frauen, aber auch Multiplikator*innen (wie Lehrer*innen), werden mit Bildungs- und Empowermentangeboten in Workshops, Fortbildungen etc. bestärkt, sich engagiert gegen Rassismus und Diskriminierung zu behaupten.

→ rahmazentrum.de

response.

response. berät Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt. Die Beratungsstelle unterstützt bei der Traumabewältigung, hilft durch Orientierung im Strafrecht und Empowerment im Alltag.

→ response-hessen.de

rote linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus

Die rote linie ist eine pädagogische Fachstelle. Im Themenfeld Rechtsextremismus ist sie in ganz Hessen Ansprechpartnerin für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, für Fachkräfte an Schulen und in Betrieben, für Eltern und Angehörige, für besorgte oder gefährdete Jugendliche, für Mitarbeitende der kommunalen Verwaltung, der Justizvollzugsanstalten, der Vereine, Verbände, Kirchen und Ehrenamtliche sowie für Behörden und Kommunalpolitiker*innen.

Die Mitarbeiter*innen der roten Linie unterstützen vor Ort. Die Hilfen und Angebote sind vertraulich, unproblematisch und kostenfrei.

→ rote-linie.net

4.4.

info

Bildungsangebote in den Demokratieförderung und

Die **Amadeu-Antonio-Stiftung** stärkt mit Bildungs- und Beratungsangeboten eine demokratische Zivilgesellschaft, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Zusätzlich stellt die Stiftung verschiedene Informationsmaterialien für pädagogische Fachkräfte und interessierte Bürger*innen zum Download zur Verfügung.

→ www.amadeu-antonio-stiftung.de

Das bundesweite **Netzwerk Demokratie und Courage** bietet verschiedene Projekt-tage an Schulen (ab der 8. Klasse) zu den Themen Demokratie, Rassismus und Ausgrenzung, Solidarität und Sexismus an. Tel.: 0611 98873506

E-Mail: hessen@netzwerk-courage.de

→ www.netzwerk-courage.de

Der **Hessische Jugendring** stellt verschiedene Informationsmaterialien rund um die Themen Jugendarbeit, Partizipation und Demokratieförderung zur Verfügung.

→ www.hessischer-jugendring.de/ueber-uns/selbstdarstellung-hessischer-jugendring

Gewerkschaften: **DGB/GEW** stellen verschiedene Informationsmaterialien für Fachkräfte zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Demokratie und Partizipation (im Betrieb) zur Verfügung, bieten Bildungsurlaube und Fortbildungen zu den Themen an und beraten bei menschenfeindlichen Vorfällen ihre Mitglieder (auch juristisch).

→ hessen-thueringen.dgb.de

→ www.gew-hessen.de/home/

Die **Bundeszentrale für politische Bildung** bietet bundesweit sowohl (kostenlose) Materialien als auch Fortbildungen zu den verschiedensten Themen im Feld politischer Bildung an.

→ www.bpb.de

Die Landeszentrale für politische Bildung Hessen bietet spezifische Materialien und Fortbildungen für Lehrkräfte und Schüler*innen rund um die Themen politischer Bildung in Hessen an.

→ hlz.hessen.de

Der Verein **Bildungsbausteine e.V.** bietet Workshops und Seminare für Jugendliche und Erwachsene zu den Themen Rassismus, Antisemitismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit an. Außerdem entwickeln sie Materialien und Konzepte für rassismuskritische und antisemitismuskritische Bildungsarbeit.

Tel.: 030 29770690

info@bildungsbausteine.org

→ www.bildungsbausteine.org

Politik zum Anfassen e.V. bietet verschiedene Konzepte, Materialien, Planspiele und Apps rund um die Themen Demokratie und Partizipation an.

→ www.politikzumanfassen.de

Gesicht zeigen e.V. bietet Kampagnen, Materialien, Vorträge und Workshops um die Themen Rassismus, rechte Gewalt, Toleranz und Respekt an. Zielgruppe sind Schüler*innen und Lehrkräfte.

→ www.gesichtzeigen.de

Der **Landesverband Sinti und Roma e.V.** bietet Vorträge und Workshops sowie Beratung im Themenfeld Antiziganismus an.

→ sinti-roma-hessen.de

Die **Bildungsstätte Anne Frank** bietet Workshops und Vorträge, Beratungen, Filmgespräche und Ausstellungen für Personen jeglichen Alters in den Themenfeldern Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus an.

→ www.bs-anne-frank.de

Arbeit und Leben veranstaltet verschiedene

Themenfeldern

Rechtsextremismusprävention

Bildungsurlaube in den Themenfeldern Demokratie, Rassismus und NS-Geschichte.

→ www.arbeitundleben.de/bildungsurlaubsangebote/al-hessen/category/3

Die **Vielfalt Mediathek** stellt Materialien (Filme, Bücher, Dokumente) zu allen Themen der politischen Bildung für alle Altersgruppen kostenlos zur Verfügung.

→ www.vielfalt-mediathek.de

Die **Sportjugend Hessen - „Mobile Interventionsteams gegen Rechtsextremismus im Sport“ (MIRS)** verfolgt das Ziel, Anerkennung von Diversität, Gleichwertigkeit, Demokratie und Fair Play in Vereinen zu fördern und zu unterstützen. Sie beraten, begleiten und betreuen die Vereine sowohl auf inhaltlicher als auch rechtlicher Ebene für jeweils mindestens ein Jahr.

→ www.sportjugend-hessen.de/gesellschaft/gegen-rechtsextremismus-fuer-demokratie/rechtsextremismus-im-sport-fallberatung/

Die **BAG Kirche und Rechtsextremismus** setzt sich für ein demokratisches und friedliches Miteinander in der Kirche ein und positioniert sich klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit innerhalb der Kirche. Sie thematisiert Rassismus und Rechtsextremismus innerhalb der Kirche, organisiert Veranstaltungen und entwickelt verschiedene Publikationen rund um die Themen.

→ bagkr.de

Das **Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus** beschäftigt sich mit den Themenfeldern Frauen und Rechtsextremismus, stellt unterschiedliche Publikationen zum Thema zur Verfügung und bietet Vorträge an. Es geht darum, Frauen* innerhalb der extremen Rechten nicht zu verharmlosen, sondern sie als Teil extrem rechter Gruppierungen sichtbar zu machen.

→ frauen-und-rechtsextremismus.de

Gegenargument bietet (Online-)Argumentationstrainings im Umgang mit rechten, rassistischen und antifeministischen Parolen und Aussagen an.

→ gegen-argument.de

Cultures interactive bietet verschiedene Workshops in der kulturellen politischen Bildung für Jugendliche an, um sie an die Themen Demokratie, Partizipation und Ich-Stärkung heranzuführen.

→ cultures-interactive.de/de/allgemein-705.html

Die **Werkstatt für Demokratieförderung** ist ein Verein, der sich die Stärkung demokratischer gesellschaftlicher Strukturen durch Bildungsarbeit zum Ziel gesetzt hat.

→ www.werkstatt-demokratie.de/

Spiegelbild, die Jugendbildungsinitiative des Aktiven Museums Spiegelgasse für deutsch-jüdische Geschichte, leistet seit 2007 politisch-historische Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft.

→ www.spiegelbild.de

Makista engagiert sich für die Verwirklichung der Kinderrechte in Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen.

→ www.makista.de

„**zusammenleben neu gestalten – angebote für das plurale gemeinwesen**“, das auf Hessen bezogene Projekt der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. (DeGeDe), verfolgt das Leitziel, ein demokratisches, menschenrechtsbasiertes Gemeinwesen zu fördern und zu stärken. Im Zentrum stehen dabei Angebote für Gemeinden, Vereine, Schulen und außerschulische Bildungsträger.

→ www.degede.de/zusammenleben

5

Schlußwort der Initiative 19. Februar

Wir sind die Initiative 19. Februar Hanau. Wir haben uns nach dem 19. Februar 2020, nach der Nacht, in der neun junge Menschen bei dem rechtsextremen Anschlag am Hanauer Heumarkt und in Hanau Kesselstadt ermordet wurden, gegründet. Wir haben uns auf den darauffolgenden Mahnwachen, Kundgebungen und Trauerfeiern ein Versprechen gegeben: Dass die Namen, die Gesichter und die Geschichten der Opfer nicht vergessen werden. Dass wir für eine lückenlose Aufklärung kämpfen werden. Dass wir Gerechtigkeit und Veränderung einfordern werden. Dass wir die Familien, die Betroffenen und Überlebenden nicht alleine lassen und die Tat vom 19. Februar nicht unter den Teppich kehren lassen werden. Wir werden unsere Stimmen erheben und sie dafür einsetzen, dass von Seiten der Regierung endlich Konsequenzen gezogen werden. Dass endlich erkannt wird, dass wir nicht nur ein Rassismus-Problem, sondern ein tiefsitzendes rechtes Terror-Problem haben. Wir wollen verhindern, dass es bei folgenloser Betroffenheit und leeren Worten der Politiker bleibt. Wir wollen, dass das rechte Morden beendet und rechte Netzwerke aufgedeckt und die Gefahr, die von ihnen ausgeht, erkannt und angegangen wird.

Solidarität bedeutet für uns mehr als Beileids-Bekundungen und das Teilen von Hashtags. Es bedeutet für uns mehr als nur das Bestürzt-Sein und das Warten auf Veränderung, das Warten auf Maßnahmen und neue greifende Gesetze, das Warten auf das Handeln unserer Regierung. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, unsere Stadt und ihre Menschen nicht im Stich zu lassen. Sie nach dem 19. Februar 2020 nicht einfach der Angst und der Trauer zu überlassen. Den Heumarkt nicht als einen Tatort stehen zu lassen, sondern genau dort, wo die ersten Schüsse in dieser schrecklichen Nacht fielen, neu zu erfinden. Wir haben genau dort einen Ort geschaffen, einen



„Laden“ eröffnet, in dem wir aktiv die Erinnerung an Ferhat, Gökhan, Fatih, Sedat, Mercedes, Kaloyan, Hamza, Nesar und Vili aufrecht erhalten und gemeinsam mit allen, die sich daran beteiligen möchten, der Solidarität und dem Widerstand einen Raum bieten wollen.

Denn Hanau ist nicht Terror. Hanau ist nicht Rassismus. Hanau ist nicht tot. Wir wollen uns nicht mehr als Opfer sehen, wir wollen nicht mehr schweigen und schon gar nicht wollen wir uns verstecken. In diesem Raum kommen Angehörige und Betroffene mit genau demselben Schmerz, demselben Trauma, demselben tiefen, niemals zu füllenden Loch zusammen und ehren ihre Verlorenen in so vielen verschiedenen Formen – und das alles ohne ein Wort verlieren zu müssen. Sie fühlen alle dasselbe, sie fragen sich alle dasselbe, sie sehnen sich alle nach demselben. Nach ihren Kindern, die sie verloren haben. Der Raum fühlt sich für sie bereits an, wie das neue Zuhause ihrer Kinder. Wenn sie hier sind, sagen sie, sind sie bei ihnen zu Besuch.

Solidarität hat genauso viele Gesichter wie Trauer. Dem wollen wir an jedem 19. eines Monats Ausdruck geben. Gemeinsam mit den Angehörigen und den Freunden unserer neun Geschwister gedenken wir ihnen in verschiedenen Formen. Wir besuchen gemeinsam die Tatorte am Heumarkt und in Kesselstadt und legen Blumen nieder und zünden Kerzen an, schweigen gemeinsam und erinnern uns an sie. Wir versammeln uns am Brüder-Grimm-Denkmal am Marktplatz und legen Fotos von ihnen und Briefe für sie nieder. Wir besuchen sie nicht nur am 19. eines jeden Monats, sondern auch an ihren Geburtstagen auf den verschiedenen Friedhöfen, auf denen sie ruhen – und am Ende des Tages kommen wir im Laden zusammen und auch wir für einen kurzen Moment zumindest – zur Ruhe.

Wir haben am 5. Mai erstmals offiziell eröffnet, doch die Tür steht seit dem 1. April offen für alle. Wir haben die letzten Wochen mit Schweiß und Tränen, mit den Vätern und Müttern, den Brüdern und Schwestern der Opfer gemeinsam einen Ort errichtet, der nicht nur den Heumarkt, der nicht nur Hanau, sondern uns alle daran erinnern soll, dass unsere Stadt seit dem 19. Februar 2020 nicht mehr dieselbe sein wird. Es ist nicht nur ein Raum des Zusammenkommens, es ist ein Raum des Zusammenseins und des Zusammenbleibens.

Denn wir bleiben. Wir vergessen nicht, wir schauen nicht weg, wir sind da. Einfach da. Zu jeder Zeit und für Jeden.

Quellenverzeichnis

- Bach, Thomas (2019): Schwere Vorwürfe gegen den AfD-Kreisvorsitzenden. In: Darmstädter Echo. Online einsehbar unter: https://www.echo-online.de/lokales/darmstadt-dieburg/kreis-darmstadt-dieburg/schwere-vorwurfe-gegen-den-afd-kreisvorsitzenden_20418783 (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).
- Back-Up NRW - Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt (2019): Was tun nach einem rechten Angriff? Online einsehbar unter: <https://www.backup-nrw.org/beratung/was-tun-nach-einem-rechten-angriff.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2019).
- Bender, Justus/Freidel, Morten (2019): Chats belegen Extremismus in AfD-Parteijugend. In: FAZ. Online einsehbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/junge-alternative-chats-belegen-extremismus-in-afd-parteijugend-16043586.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).
- Borchard, Holger (2019): Prozess in Langen: Nötigung und Bedrohung in Reichsbürger-Manier. In: Offenbach-Post. Online einsehbar unter: <https://www.op-online.de/region/langen/prozess-langen-noetigung-bedrohung-reichsbuerger-manier-13178574.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).
- Brause, Christina/Müller, Uwe (2019): Schon mit 15 offenbarte Stephan E. seinen Hass auf Ausländer. In: Welt. Online einsehbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article195575295/Mordfall-Walter-Luebcke-Die-rohe-Gewalt-des-jungen-Stephan-E.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Rechtsextremistische Einstellungen im Alltag – Glossar. Online einsehbar unter: <https://www.bpb.de/lernen/grafstat/rechtsextremismus/173103/glossar> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).
- Der Spiegel (1984): Bloß klick. Online einsehbar unter: <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13509128.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).
- Deutscher Bundestag (2017): Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 15. Mai 2017 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Online einsehbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/124/1812441.pdf> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).
- Drobinski, Matthias/ Schlötzer, Christiane/Willmroth, Jan (2020): Wie Hanau die Trauer bewältigt. In: Tagesanzeiger. Online einsehbar unter: <https://www.msn.com/de-ch/nachrichten/international/wie-hanau-die-trauer-bew%C3%A4ltigt/ar-BB10icpq?i=BBqfZdU#page=2> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).
- EXIF (2019): Tatverdächtiger im Fall Lübcke ist bekannter Neonazi. Online einsehbar unter: <https://exif-recherche.org/?p=6218> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).
- Facebook (2018a): Online einsehbar unter: <https://www.facebook.com/carsten.haerle/posts/293449781083989> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).
- Facebook (2018b): Online einsehbar unter: <https://www.facebook.com/carsten.haerle/posts/347306612364972> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).
- Facebook (2020): Online einsehbar unter: <https://www.facebook.com/photo/?fbid=3308193259199750&set=a.152572251428549> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).
- Frankfurter Jugendring (2019): Vandalismus gegen das KUSS41. Online einsehbar unter: <https://frankfurterjugendring.de/aktuelles/news/vandalismus-gegen-kuss41> (Zuletzt eingesehen am 19.08.2020).
- Frankfurter Neue Presse (2019): Angeblich nur eine Geburtstagsfeier: Polizei verhindert rechtes Konzert in Südhessen. Online einsehbar unter: <https://www.fnp.de/rhein-main/muehltalhessen-polizei-verhindert-rechtes-konzert-suedhessen-11750468.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).
- Fuldaer Zeitung (2020): Zoff um AfD-Flyer: 68-Jährige wegen Beleidigung verurteilt. Online einsehbar unter: <https://www.fuldaerzeitung.de/kinzigtal/zoff-afd-flyer-68-jaehrige-wegen-beleidigung-verurteilt-13661508.html> (Zuletzt eingesehen am 19.08.2020).
- Gräfe, Sebastian (2017): Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, „Feierabendterroristen“ und klandestinen Untergrundzellen. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Hanauer Zeitung (2019): Männer sollen Passanten beleidigt und geschlagen haben. Online einsehbar unter: <https://www.hanauer.de/hanau/festnahme-maenner-sollen-passanten-beleidigt-geschlagen-haben-13354342.html> (Zuletzt eingesehen am 19.08.2020).
- Haschnik, Gregor (2019a): Polizei findet "keine gefährlichen Gegenstände" im Amtsgericht Hanau. In: Frankfurter Rundschau. Online einsehbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/polizei-findet-keinegefaehrlichen-gegenstaende-amtsgericht-hanau-12214041.html> (Zuletzt eingesehen am 19.08.2020).
- Haschnik, Gregor (2019b): Strafanzeige wegen rassistischer Attacke in Hanau. In: Frankfurter Rundschau. Online einsehbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/strafanzeige-wegenrassistischer-attacke-hanau-13366024.html> (Zuletzt eingesehen am 19.08.2020).
- Haschnik, Gregor (2020a): Hanau: Rechtsextremer Attentäter war schon vor dem Anschlag auffällig. In: Frankfurter Rundschau. Online einsehbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/hanau-ort66348/hanau-rechtsextremer-attentaeter-schon-anschlag-auffaellig-13752901.html> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).
- Haschnik, Gregor (2020b): Scheiben an Anschlagsort mit Pflastersteinen zerstört. In: Frankfurter Rundschau. Online einsehbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/hanau-scheiben-anschlagsort-pflastersteinen-zerstoert-13651764.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).
- Heitmeyer, Wilhelm (2011): Deutsche Zustände – Folge 10. Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Hessischer Rundfunk (2018): hr-Magazin „defacto“: Holocaust-Leugner als „Märtyrer“ bezeichnet. Online einsehbar unter: <https://www.hr.de/presse/fernsehen/hr-fernsehen/2018/defacto-holocaust-leugner-als-maertyrer-bezeichnet-,defacto-afd-haerle-100.html> (Zuletzt eingesehen am: 05.12.2018).
- Hessenschau (2019): Mann macht mit Zwille Jagd auf Ausländer. In: Hessenschau. Online einsehbar unter: <https://www.hessenschau.de/panorama/25-jaehriger-syrer-am-kopf-verletzt-mann-macht-mit-zwille-jagd-auf-auslaender,metallkugeln-auslaender-taunusstein-100.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).
- Hessenschau (2020a): Eine Chronik rechtsextremer Gewalttaten in Hessen. Online einsehbar unter: <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/bomben-brandsaetze-schuesse-eine-chronik-rechtsextremer-gewalttaten-in-hessen,rechte-gewalt-chronik-100.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).
- Hessenschau (2020b): Islam-Hasser stellt sich nach Öffentlichkeitsfahndung. Online einsehbar unter: <https://www.hessenschau.de/panorama/polizei-sucht-katzenfutterhetzer,oeffentlichkeitsfahndung-islamfeind-100.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Hessenschau (2020c): Treffen der AfD-„Aufrechten“ in Obertshausen sorgt für Aufruhr. Online einsehbar unter: <https://www.hessenschau.de/politik/treffen-der-afd-aufrechten-in-obertshausen-sorgt-fuer-aufruhr,afd-geheimtreffen-102.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Horneff, Frank (2019): Staatsschutz ermittelt: Mit Schusswaffe und Hitler-Gruß in Darmstadt. In: Darmstädter Echo. Online einsehbar unter: https://www.echo-online.de/lokales/darmstadt/staatsschutz-ermittelt-mit-schusswaffe-und-hitler-gruss-in-darmstadt_20980229 (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Iskandar, Katharina/Schwan, Helmut (2019): Verdacht gegen Bruder des Schützen von Wächtersbach. In: FAZ. Online einsehbar unter: <https://www.faz.net/-gzl-9pfmh> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Jellonnek, Fabian (2018): Skurrile Live-Sendungen aus Mainz. In: Blick nach Rechts. Online einsehbar unter: <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/skurrile-live-sendungen-aus-mainz> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Jellonnek, Fabian (2020): 19/02 Rassistischer Terror in Hanau. Online einsehbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=Zzx5Dhd3lsc> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Jüdische Allgemeine (2019): Erneute Antisemitismus-Vorwürfe gegen »Spiegel«. Online einsehbar unter: <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/erneute-antisemitismus-vorwurfe-gegen-spiegel/> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Lünser, Nils (2020): Antisemitische Schmierereien schockieren Biebricher. In: Merkurist. Online einsehbar unter: https://merkurist.de/wiesbaden/aufregung-antisemitische-schmierereien-schockieren-biebricher_8jH (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Majič, Danijel (2019): Leitender Polizist verschickt rechtsextreme Chat-Bilder. In: Hessenschau. Online einsehbar unter: <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/staatsanwaltschaft-ermittelt-leitender-polizist-verschickt-rechtsextreme-chat-bilder,rechte-polizeichats-muehlheim-100.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Peiner Nachrichten (2019): Vergewaltigungsfall. Polizei geht gegen Online-Hetzer vor. Online einsehbar unter: <https://www.peiner-nachrichten.de/peine/article216373987/Vergewaltigungsfall-Polizei-geht-gegen-Online-Hetzer-vor.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Offenbach-Post (2019): Antisemitischer Angriff: Langener schreit ein und wird schwer verletzt. Online einsehbar unter: <https://www.op-online.de/region/langen/antisemitischer-angriff-bahnhof-langen-langener-schreit-wird-schwer-verletzt-11485037.html> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Reinesch, Pit/ Jellonnek, Fabian (2019): Rassistische Kundgebungen in Seligenstadt. In: Monitoring-Bericht Rechtsextremismus in Hessen - September/Oktober 2019. Online einsehbar unter: http://beratungsnetzwerk-hessen.de/uploads/bnwh/dokumente/public/img/contentimg/Monitoring-Berichte/erg%C3%A4nzt-final_Hessen%20Monitoring%20-%20September-Oktober%202019%20-%20aktualisiert.pdf (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020), S. 6-8.

Reinesch, Pit/Jellonnek, Fabian (2020a): Reaktionen aus der rechten Szene in Hessen auf die Corona-Krise. In: Monitoring-Bericht Rechtsextremismus in Hessen - März/April 2020. Online einsehbar unter: http://beratungsnetzwerk-hessen.de/uploads/bnwh/dokumente/public/img/contentimg/Monitoring-Berichte/Hessen%20Monitoring%20-%20M%C3%A4rz-April%202020_2.pdf (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020), S. 4-7.

Reinesch, Pit/Jellonnek, Fabian (2020b): Monitoring-Bericht Rechtsextremismus in Hessen - Januar/Februar 2020. Online einsehbar unter: <http://beratungsnetzwerk-hessen.de/uploads/bnwh/dokumente/public/img/contentimg/Monitoring-Berichte/Hessen%20Monitoring%20-%20Januar-Februar%202020%20-%20final.pdf> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Röbel, Sven/ Lehberger, Roman (2019): Polizei befragte Markus H. schon 2006 zu NSU-Mord. In: Der Spiegel. Online einsehbar unter: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/walter-luebecke-polizei->

befragte-markus-h-2006-wegen-nsu-mord-a-1274644.html (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Salzborn, Samuel (2020): Was ist moderner Antisemitismus? Online einsehbar unter: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/307644/was-ist-moderner-antisemitismus> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Scheuermann, Fabian (2019): Widerstand gegen rechte Anti-Islam-Kundgebung. In: Frankfurter Rundschau. Online einsehbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/offenbach/offenbach-widerstand-gegenrechte-anti-islam-kundgebung-zr-13146278.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Scheuermann, Fabian (2020): Franco A. zu Besuch bei Grünen. In: Frankfurter Rundschau. Online einsehbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/offenbach-franco-besuch-gruenen-13583848.html> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Schönberger, Agnes (2020): Offenbach: Antisemitismus im Klassenraum. In: Frankfurter Rundschau. Online einsehbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/offenbach/offenbach-ort29210/offenbach-antisemitismus-klassenraum-zr-13250311.html> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Schmincke, Imke (2018): Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch - Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus. In: ApuZ Nr. 17/2018, S. 28-33.

Schnee, Philipp (2018): Verdrängte Vergangenheit? In: Deutschlandfunk Kultur. Online einsehbar unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/rechtsterrorismus-in-der-bundesrepublik-verdraengte.976.de.html?dram:article_id=375999 (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Schröm, Oliver (1998): Braune Esoterik auf dem Vormarsch: Viele Bücher aus der New-Age-Szene zeichnen ein rassistisches Weltbild. Online einsehbar unter: <https://www.zeit.de/1998/23/esoterik.txt.19980528.xml/komplettansicht> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Schwarze Kreuze (2019): Frankfurt. Online einsehbar unter: <https://schwarzekreuze.wordpress.com/2019/07/14/frankfurt/> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Speit, Andreas (2019): Nazi-Informant im Polizeidienst? In: Taz. Online einsehbar unter: <https://taz.de/Polizeiskandal-erreicht-Norddeutschland/!5565339/> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Steinhagen, Martin (2019): Das Netzwerk der NSU-Terroristen. In: Frankfurter Rundschau. Online einsehbar unter: <https://www.fr.de/politik/netzwerk-nsu-terroristen-11189957.html> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Süddeutsche Zeitung (2020): Mann wird in Heppenheim bedroht und rassistisch beschimpft. Online einsehbar unter: <https://sz.de/dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200219-99-982181> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Teusch, Oliver (2019): Polizei unter falscher Flagge. In: Frankfurter Rundschau. Online einsehbar unter: <https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/schluetchern-polizei-unter-falscher-flagge-11808662.html> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

Whitson, Jennifer A./Galinsky, Adam D. (2008): Lacking Control Increases Illusory Pattern Perception. In: Science. Bd. 322, Ausgabe 5898, S. 115-117.

Wüstenberg, Daniel (2019): „Ich knalle nun einen Flüchtling ab“ - Kündigte Roland K. seinen rassistischen Mordversuch an? In: Stern. Online einsehbar unter: <https://www.stern.de/politik/deutschland/mordversuch-in-waechtersbach--roland-k--der-rassistische-waffennarr-8815178.html> (Zuletzt eingesehen am: 18.08.2020).

YouTube (2018): 18. Platz Landesliste LTW 2018 AfD Hessen - Vohl, Bernd. Online einsehbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=AJqzQJg00vS&feature=youtu.be> (Zuletzt eingesehen am: 19.08.2020).

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghahn, Wilhelm (2019): Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Verlag J.H.W. Dietz, Bonn.

Diese Broschüre ist erstellt worden im Auftrag der Partnerschaft für Demokratie in Heusenstamm, gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und in Kooperation mit dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport.

Diese Publikation stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autoren*innen die Verantwortung.

Impressum:

Herausgegeben von:
Miteinander solidarisch - Partnerschaft für Demokratie Heusenstamm
v.i.S.d.P. Sarah Fey und Sarah Hohmann
AWO Kreisverband Offenbach Land e.V.
Borsigstraße 6B
63150 Heusenstamm
Email: sarah.fey@awo-of-land.de
www.vielfalt-im-kreis-offenbach.de

Redaktion: achtsegel.org: Pit Reinesch, Fabian Jellonnek, Sarah Fey und Sarah Hohmann
Lektorat: Janoš Klocke

Unter Mitarbeit von Mario Englert

Titelbild und weiteres Bildmaterial: Protestfotografie.Frankfurt
Layout und Gestaltung: achtsegel.org: Pit Reinesch, Fabian Jellonnek, Rabab Flaga, Sarah Hohmann

Druck:
Marketing Beratung Hahn GmBh
Im Ankeröd 9a
64521 Groß-Gerau
www.mbh-gg.de

Bildnachweise:
Titelbild: Protestfotografie.Frankfurt, S.8/9: pixabay.com, S.10: Illustration:achtsegel unter Verwendung von Bildmaterial.nonscandinavia.com, S.14/15: Foto: achtsegel, S.18: Foto: Protestfotografie.Frankfurt, S.20/21: Foto: achtsegel, S. 24/25: Foto: achtsegel, S.29: Screenshot: Quelle: Facebook.com, Aufnahme: achtsegel, S. 32/33: Illustration: nonscandinavia.com, S.36/37: Illustration: nonscandinavia.com, Arrangement und Bearbeitung: achtsegel, S.41: Foto: achtsegel, S.43: Foto: achtsegel, S.45: Foto: achtsegel, S.49 Foto: Hafenbar@de.Wikipedia.org, S.50-53: Logos: Facebook, Twitter, wikipedia, Flaggen: wikipedia, Illustrationen: achtsegel, Cover: dasversteckspiel.de, S.60/61: Illustration: nonscandinavia.com, Arrangement und Bearbeitung: achtsegel, S.62/63: Illustration: nonscandinavia.com, Arrangement und Bearbeitung: achtsegel, S.71: Foto: Initiative 19. Februar, Gestaltung von Kacheln: achtsegel, Gestaltung Titel und Rückseite: achtsegel und Verwendung von Bestandteilen des Logos der Partnerschaft für Demokratie Heusenstamm, angefertigt von: Institut für Gebrauchsgrafik.



miteinander
solidarisch
heusenstamm

Stadt

HEUSENSTAMM

Zu Hause im Leben



Kreisverband
Offenbach Land e.V.



Gefördert im Rahmen des Landesprogramms



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie leben!





Diese Broschüre soll informieren, Bezüge zwischen einzelnen Diskriminierungsformen herstellen, über verschiedene rechtsextreme Akteur*innen und ihre regionale und überregionale Vernetzung aufklären und schlaglichtartig aufzeigen, wo in Heusenstamm und Südhessen Menschenfeinde aktiv sind. Sie soll aber auch Handlungsoptionen aufzeigen und ermutigen, selbst aktiv zu werden und sich einzumischen. Jede*r von uns kann eine menschenrechtsbasierte Haltung leben.